

Volksstimme

Einzelpreis 10 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 2266, für die Redaktion Nr. 2267, für den Verlag und die Druckerei Nr. 2265. — Postzeitungstitel 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Vom 1. bis 18. Juli 1,00 Mart, Abholer 0,90 Mart.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gespaltene, 27 Millimeter breite Nonpareilzeile örtlich 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig, Familienanzeigen und Stellenanzeigen 12 1/2 Pfennig, Vereinslatender 30 Pfennig, die dreigespaltene 90 Millimeter breite Reklamezeile örtlich 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmark = ein Dollar, geteilt durch 4,20.) Der gewöhnliche Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 8 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. Für Platzvorschriften keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 151.

Magdeburg, Donnerstag den 2. Juli 1925.

36. Jahrgang

Zwinguri am Rhein.

Der Gedanke der deutsch-französischen Industrieverständigung hat greifbare Formen angenommen. Es handelt sich um die Errichtung von drei großen Trusts, den Eisen-, den Farben- und den Kali-Trust. Von ihnen ist der Eisen-Trust der wichtigste. Er charakterisiert die sich vollziehende wirtschaftliche Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland, weil er an eine durch den Krieg abgerissene Entwicklung, die sich früher im rheinisch-lothringischen Eisenblock darstellte, anknüpft, und die beiden größten Völker des Kontinents zu wirtschaftlicher Arbeit auf gemeinsamer Grundlage zusammenführt.

Die Verständigung vollzieht sich in durchaus kapitalistischer Form. Am Rhein entsteht ein Gebilde, in dem sich der internationale Nachkriegskapitalismus verkörpert; eine Macht, die Völker und Staaten beherrichen will und beherrschen wird, ein kapitalistisches Zwinguri, mit dem die Arbeiterschaft der ganzen Welt zu rechnen hat. Sie wird durch diese Entwicklung immer wieder daran erinnert, wie weit Europa noch von einer sozialistischen Ordnung in der Wirtschaft entfernt ist. Die wirtschaftliche Verständigung ist ein Ergebnis unserer Nachkriegsentwicklung, eine Tatsache, die schließlich von zwei natürlichen Voraussetzungen, der französischen Minette und der deutschen Kohle bedingt wird. Das tragische an der ganzen Entwicklung ist aber, daß, wie die sich vollziehende Lösung auf die Abwicklung der Ruhr- und Rheinfrage günstig, vielmehr ausschlaggebend einwirken wird und eingewirkt hat, der vorausgegangene

Kampf um die wirtschaftliche Verständigung zu den Ereignissen des Jahres 1923 führte. Darüber hinaus ist das Verständigungswerk zwischen den beiden Wirtschaften in dem Maße, wie sich der Kapitalismus in Frankreich entwickelte und der deutsche Kapitalismus sich von den Kriegsschlägen erholt, fast ausschließlich Sache des deutschen und französischen Kapitalismus geworden. Es beherrscht die Neuordnung der Dinge hien und drüben und drückt ihr seinen Stempel auf.

Sache der europäischen Völker ist es, diese kapitalistische Position in ihre Hand, unter die demokratische Kontrolle der Völker selbst zu bringen. Das erfordert schon das **Gebot der Selbstbehauptung der Nationen.**

Kohle und Minette gehören zusammen. Diese Zusammengehörigkeit wird aber den Völkern nur zum Wohle gereichen, wenn das Interesse der Völker und nicht das Dividenden- und Profitinteresse einer schwerindustriellen Clique in Frankreich bzw. in Deutschland die kommende Entwicklung bestimmt. So wird ohne Zweifel das Zusammenarbeiten der Stahlwerke an der Ruhr mit den Diederhofsener Gruben die Eisen- und Stahlproduktion bedeutend verbilligen. Man rechnet in gut unterrichteten Kreisen z. B. damit, daß die deutsch-französische Eisenproduktion mindestens 15 bis 25 Prozent billiger arbeitet als jede andre Eisenindustrie. Es ist aber sehr fraglich, ob diese natürlichen Vorteile unter dem kapitalistischen Regime den Eisenverbraucher zugute kommen werden. In der deutschen Schwerindustrie trägt man sich mit Plänen, den kommenden deutschen Eisenpreis weit über Weltmarktpreis zu halten. Das läßt vermuten, daß der deutsch-französische Eisen-Trust nach den Plänen seiner Gründer nichts anderes sein soll als ein Syndikat, ähnlich wie die Deutsche Stahlgemeinschaft, das durch Kontingentierung und Drosselung der Erzeugung Refordpreise behauptet. Die günstigen Auswirkungen einer möglichen Eisenpreisverbilligung, die Belebung der ganzen Wirtschaft, die Überwindung der Abiaz- und Kaufkraftkrisis in der Welt würde so nicht eintreffen. Wir hätten es dann mit einem

regelrechten Preisindex

zu tun, einem Auswuchs von schlimmstem Nachkriegskapitalismus, der die Entwicklung zum Besseren, zur Sanierung der europäischen und der Weltwirtschaft, unterdrückt.

Das ist eine der wichtigsten Gefahren, die im Auge behalten werden muß. Die kommenden großen politischen und wirtschaftspolitischen Kämpfe werden ohne Zweifel in stärkstem Maße von dem Eisenproblem beeinflusst werden. In dem Ausmaß, wie es das europäische Proletariat versteht, in die Verwaltungsmaschinerie des Staates und der Wirtschaft einzudringen, wird es Ausschicht auf Erfolg in diesem Kienkampfe haben.

Im Zusammenhang mit der Errichtung des deutsch-französischen Eisenblocks ist vielfach auf die Stellung Englands gegenüber diesem Block aufmerksam gemacht worden.

England war von jeher Gegner des Eisenblocks, und wie es scheint, stehen die

englischen Eisenindustriellen

der sich vollziehenden Neubildung ablehnend gegenüber. An der Tatsache aber, daß England seine Zustimmung gegeben hat, dürfte nicht zu zweifeln sein. Man fragt mit Recht: welche Konzeptionen Deutschland und Frankreich England dafür gewährt haben? Von unterrichteter Seite ist mehrfach darauf hingewiesen worden, daß das durch den Bolschewismus in Wien bedrohte England sowohl deutsche als französische Hilfe zur Behauptung des Imperiums notwendig hat. Wir wissen nicht, wie weit diese Tatsache bei den Trustverhandlungen eine Rolle gespielt hat. Gerade deshalb aber müssen wir über diesen Punkt ausführliche Klarheit verlangen, damit eine Geheimpolitik übelfter Sorte, mit der die Konstruktion des Eisenblocks umgeben ist, die Völker nicht in Katastrophen führt, die bei vernünftiger Behandlung der Dinge zu vermeiden sind. —

Die gebundenen Flügel.

Die Note der Botschafterkonferenz über die Beschränkungen des deutschen Luftfahrzeugbaues, die am 24. Juni dem deutschen Botschafter in Paris übergeben wurde, ist ein bedenklicher Rückschlag in die früheren üblen Diktatmethoden und kaum geeignet, zwischen Deutschland und seinen früheren Kriegsgegnern friedliche Verhältnisse zu schaffen. Die Note ist ein brutaler Schlag gegen die deutsche Luftfahrzeugindustrie, gegen die deutschen Ingenieure und deutschen Qualitätsarbeiter.

Zur Mai 1921 hat die Kontrollkommission die Durchführung der aeronautischen Abrüstungsbestimmungen durch Deutschland festgestellt. Im Anschluß daran wurde festgelegt, daß die Begriffsbestimmungen für die Unterscheidung zwischen zivilen und militärischen Luftfahrzeugen aller zwei Jahre der technischen Entwicklung entsprechend angepaßt werden sollen. Die deutsche Regierung hat später nach dem Ablauf des Termins 1924 ihre Wünsche der Botschafterkonferenz vorgetragen. Sie blieb zunächst ohne Antwort. Die jetzt vorliegende Note bringt neben einigen nicht nennenswerten Erleichterungen, wie z. B. Erhöhung der Fahrtgeschwindigkeit von 170 auf 180 Kilometer bei gleichbleibender Gipfelhöhe oder Erhöhung der Höchstladung der Maschinen von 600 auf 900 Kilogramm in den 9 neuen Regeln zahlreiche Erleichterungen für den deutschen Luftfahrzeugbau.

So befragt die Regel 3, jede Heberladevorrichtung, die gestattet, die Motorleistung zu erhöhen, oder jede Anordnung, die die Anpassung ziviler Flugzeuge an militärische Zwecke erleichtert, werde als militärisch und somit als Kriegsgerät angesehen. Das bedeutet, daß jederzeit die Verwendung irgendeines besseren Motors verhindert werden kann.

Starre Luftschiffe, deren Gasraum 30 000 Kubikmeter überschreitet, können ebenfalls als Kriegsgerät angesehen werden. Dabei ist ein mit Gas gefülltes Luftschiff an sich schon heute für Kriegszwecke kaum mehr verwendbar, da es jederzeit in Brand geschossen werden kann. Die Zeppeline sind kein Kriegsgerät, sondern ein völkerverbindendes Verkehrsmittel. Schon das Amerika-Luftschiff müßte mindestens 100 000 Kubikmeter haben.

Die Regel 8 fordert, daß über die Fabriken, die Luftfahrzeug-irgendwelcher Art herstellen, Listen zu führen sind; die deutsche Regierung soll dem Garantiefomitee Nachweise der Einfuhr (einschließlich der Durchgangseinfuhr) und der Ausfuhr für alle Flugzeuge und alles Luftfahrzeug mit allen Einzelheiten beschaffen. Damit wird die schlimmste Sanktion angedroht.

Ferner werden Listen gefordert über alle Flugzeugführer und Flugschüler sowie über alle Flugzeuge, ob fertiggestellt oder im Bau; und zwar sollen die Unterlagen vor Beginn des Baues eingereicht werden. Da der Luftfahrzeugbau sich heute stark im Stadium des Experimentierens befindet, kann auf diese Weise jeder Bau bis ins Unendliche verzögert und illusorisch gemacht werden. Ein Geschäft ist auf diese Weise überhaupt nicht möglich, weil die ganze Arbeit jederzeit lahmgelagt werden kann.

Das aller schlimmste aber ist, daß — wie die Regel 9 bestimmt — die Zahl der Flugzeuge und Motoren, die Menge des Luftfahrzeuges, die Zahl der Führer und Schüler den angemessenen Bedarf der Zivilluftfahrt in

Deutschland, wie er vom Garantiefomitee festgelegt wird, nicht übersteigen darf. Diese Bestimmung ist völlig unerträglich. Sie ist eine förmliche Zwangsjacke für die deutsche Zivilluftfahrt.

Diese Bestimmungen sind empörend und sinnlos und zeigen wieder einmal den von aller Vernunft verlassenen Militarismus in seiner ganzen Borniertheit. Man muß versuchen, zu mildern, was irgend zu mildern ist. Das ist nicht so ganz hoffnungslos, weil die Ententesflugzeuge gern über deutsches Gebiet fliegen möchten, um ihre internationalen Luftlinien rentabler zu machen. Die Flieger und die an der Fliegerei unmittelbar interessierten Leute in Deutschland, die sich jetzt — mit gutem Recht — empören, sollten aber eins nicht vergessen. Wären die Rollen 1918 durch das Schicksal vertauscht worden, sie selbst, die heute leiden und sich entrüsten, hätten dafür gesorgt, daß die andern genau daselbe zu erdulden haben, was ihnen jetzt widerfährt. Das ist nicht eine französische, das ist eine militärische Schwäne. Der Militarismus aber ist überall gleich; diesseits und jenseits der Grenze unterscheidet er sich nur dadurch, daß die einen Macht haben und die andern keine.

Erlösen kann aus diesem Zustande nicht der Militarist selber, sondern der Demokrat und der Postfiker — beides Leute, die auch bei den deutschen Fliegern nicht gerade hoch im Werte stehen. —

Eine Entscheidungsschlacht?

Die Angriffe deutschnationaler Zeitungen gegen Stresemann mehren sich, immer stürmischer wird der Ruf: Fort mit Stresemann! Gustav Stresemann hielt es für nützlich, sich nicht nur ein Vertrauensvotum des Reichskabinetts und des Reichspräsidenten zu verschaffen, sondern auch eins von seiner Partei. Der Vorstand der Deutschen Volkspartei teilt mit:

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei trat unter Einwirkung des engeren Vorstandes der Reichstagsfraktion zu einer Sitzung zusammen und nahm zu der gesamten politischen Lage, insbesondere der Außenpolitischen Stellung, die Erörterung ergab völlige Uneinigkeit in der Beurteilung der bisherigen Aktionen der Regierung und über die künftig zu erachtenden Schritte. Einmütig wurde der Antrag des Parteivorstandes Stresemann zugestimmt, zur Klärung der politischen Lage eine baldige Aussprache im Plenum des Reichstags herbeizuführen.

Von Nutzen wird eine solche Aussprache nur sein, wenn sie zu einer klaren Entscheidung für oder wider die Außenpolitik Stresemanns führt. Will Stresemann eine Entscheidungsschlacht wagen, indem er die Deutschnationalen zwingt, Farbe zu bekennen?

Das deutsche Volk tut gut, wenn es sich auf eine Zeit der Regierungskrise gefaßt macht. —

Kommunisten sabotieren den Zollkampf.

Am Dienstag abend veranstaltete die Berliner Sozialdemokratie sechs große Protestversammlungen gegen den Zollwucher. Tausende und aber Tausende von Menschen begehrten noch Einlaß, während die Säle bereits bis auf den letzten Platz gefüllt waren. Den Kommunisten blieb es vorbehalten, den mächtigen Eindruck der sozialdemokratischen Veranstaltungen durch Mißbelägen herabzusetzen. Sie hatten es systematisch auf Störung der Versammlungen, besonders auf die des Parteivorstandes Wels und des Abgeordneten Crispian abgesehen.

Wels sprach in dem großen Saale von Aliens Festjalen. Er konnte keine fünfminütige Rede nur unter großen Schwierigkeiten beenden. Und als dann im Anschluß an seine Ausführungen die Kommunisten für den anwesenden Reichstagsabgeordneten Höllein eine halbminütige Redezeit verlangten, kam es zu einem Aufruhr, der in Brügelerei ausartete und die Fortführung der Versammlung unmöglich machte. Stuhlbeine, Gummihüpfel und Fäuste traten in Aktion.

Die Urheber dieser Zustände waren Angehörige des sogenannten Frontkämpferbundes. Statt mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zusammen gegen den Zollwucher vorzugehen, können diese Schädlinge der Arbeiterbewegung trotz der üblen Erfahrungen, die sie mit ihrer Wahlhilfe für Hindenburg gemacht haben, noch immer nur eins: der im härtesten Existenzkampf stehenden Arbeiterschaft Hüpfel zwischen die Beine werfen. Woher diese Leute noch den Mut nehmen, sich Klassenkämpfer zu schimpfen, erscheint einigermaßen rätselhaft; denn sie bekämpfen nur eine Klasse — ihre eigene, das Proletariat. —

Der anklagende Best.

Von den ehemals so tiefenfreudigen, plötzlich aber so harmlosen Deutschnationalen darf man sagen, daß sie in diesen Tagen fortgesetzt vom Recht verfolgt werden. Ihr übereifriges Bekenntnis zur Erfüllungspolitik hat in den eigenen Reihen großes Entsetzen hervorgerufen, ein Protest über die offizielle Parteipolitik folgt dem andern, und jetzt haben die geplagten „nationalen“ Männer auch noch das Unglück, Enthüllungen über sich ergehen lassen zu müssen.

Vorkünftig haben sie alles abgestritten, und dennoch dürfte es den Richtern, Dr. Oberfohren und Dr. Kademacher nicht ganz wohl ums Herze sein. Ihr Ankläger Dr. Best veröffentlicht eine Erklärung, in der er seine Anschuldigungen gegen die „aus persönlichen Interessen“ handelnden deutschnationalen Aufwertungsverständigen vollinhaltlich aufrechterhält. Weiter verweist er auf die entstellte Berichterstattung in der deutschnationalen Presse, die ihn inzwischen zu einer Klage gegen das Organ des Grafen Westarp, die „Sternzeitung“, veranlaßte, und schließlich teilt Dr. Best mit, daß er den Reichstag ersucht hat, die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung der Abgeordneten Dr. Oberfohren und Dr. Kademacher zu erteilen: „Die Gerichtsverhandlung soll auf Grund eidlicher Aussagen feststellen, inwiefern die erhobenen Beschuldigungen begründet sind und ob die Ankläger oder die Beschuldigten moralisch erledigt sind.“

Reichstagsabgeordneter Dr. Best, ehemals ein Vorkämpfer der Deutschnationalen, hat also den Spieß umgedreht, indem er jetzt jenes gerichtliche Verfahren verlangt, das die Angeklagten zu ihrer Rechtfertigung in Aussicht stellten, bisher aber nicht beantragt haben. Wie stehen die armen Sünder um da? Wer so vorgeht wie Dr. Best, der auch von seinen politischen Gegnern als ein persönlich anständiger Mensch bezeichnet wird, muß sichhaltiges Material in Händen haben. Jedenfalls erweckt seine Sündenschilderung den Eindruck, daß er nicht mehr behauptet hat, als zu beweisen ist, während das Verhalten der Beschuldigten geradezu kläglich ist und trotz aller Dementis auf eine Selbstbezichtigung hinausläuft. Wo bleibt da der deutsche Charakter, von dem unsere Deutschnationalen behaupten, daß sie allein ihn besitzen? —

Die juristische Nachprüfung des Varmatstandals.

Künftig wird mitgeteilt: Die deutschnationalen Landtagsfraktion erwiderte in einer kleinen Anfrage das preussische Staatsministerium um Auskunft, weshalb in der Untersuchung gegen Varmat, Höfle und Genossen die Weiterbearbeitung der Strafverfolgung auf Anordnung des preussischen Justizministers dem Generalstaatsanwalt beim Kammergericht übertragen worden sei.

In seiner Antwort teilte der preussische Justizminister mit, daß die Hebernahme der Bearbeitung der Strafsache gegen Varmat und Genossen durch den Generalstaatsanwalt beim Kammergericht auf § 15 des deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes beruht. Maßgebend war in erster Linie die Erwägung, daß bei der Eigenart und Bedeutung der tatsächlichen und rechtlichen besonders schwierigen Sache die Nachprüfung des Untersuchungsergebnisses nach Abschluß der Voruntersuchung durch die übergeordnete Stelle als beste Gewähr für eine zutreffende und förderliche Bearbeitung erachtet. Im übrigen ist der Staatsanwaltschaft beim Landgericht I Gelegenheit gegeben worden, ihrerseits zu dem Ergebnis der Voruntersuchung Stellung zu nehmen.

Auf hochdeutsches: die von dem Weltreisenden Augmann und andern Antisemiten geführte Voruntersuchung hatte selbst im Justizministerium den Eindruck hervorgerufen, daß Varmat und Genossen nicht nach Recht und Gerechtigkeit be-

handelt worden sind. Im andern Falle hätte sich eine „Nachprüfung“ erübrigt. Darf man jetzt vielleicht erfahren, welches Ergebnis diese aus dem Mißtrauen diktierte „Nachprüfung“ gehabt hat? Oder ist Kaufmann als Europäer mit dem Paragraphenmotor inzwischen von einer Kinogesellschaft als Konkurrent Harry Wiels verpflichtet worden, ohne daß die Öffentlichkeit etwas davon erfahren hat? —

Gutgläubig, aber nicht selbstföchtig.

Der Varmat-Ausschuß des Reichstags bernahm am Dienstag eine Anzahl höherer Postbeamter, von denen zunächst Staatssekretär Schädel (München) über die Angelegenheit Lange-Hegermann ausfragte. Der Zeuge hat dem Minister Höfle auf dessen Ansuchen einen Kredit in Höhe von 2 Millionen Mark für die besetzten Gebiete unter der Bedingung zur Verfügung gestellt, daß die Durchführung der Kreditaktion insbesondere für den Mittelstand sollte Abgeordneter Lange-Hegermann beauftragt werden. Der Zeuge hat nicht gewußt, an wen das Geld verteilt wurde; er hat auch kein Mißtrauen gehegt, da die Preussische Seebank ohne jede Einschränkung die Sicherung übernahm. Auf Befragen des Abgeordneten Pfeleger (Bayr. Volksp.), ob die Pfalz von den 2 Millionen Mark etwas bekommen habe, erklärte der Zeuge, daß sei behauptet worden, habe sich aber später als falsch herausgestellt. Im Oktober 1924, als der Reichstag einsetzte, fuhr der Zeuge nach Berlin, um den Minister auf die Gerüchte aufmerksam zu machen. Der Minister habe alles bestritten und erklärt, völlig rein dazustehen. Der Zeuge hatte den Eindruck, daß Höfle bemüht keine strafbare Handlung begangen, aber leichtfertig gehandelt habe.

Zeuge Ministerialrat Kaufmann (München) erklärt auf die Frage des Vorsitzenden, ob der bayrische Postabteilung durch die Kredite ein Verlust entstanden sei, daß der Kredit zwar noch nicht abgedeckt wurde, aber gute Sicherungen vorhanden sind. Direkten Schaden habe die Post bisher nicht erlitten.

Zeuge Staatssekretär Sauter wird über Einzelheiten der an Varmat und die Amegina gegebenen Kredite vernommen. Einem Tages sei Herr Varmat im Postministerium erschienen und habe um einen Kredit von 1½ Millionen Mark ersucht, wovon er 500 000 Mark sofort haben wollte. Der Zeuge machte Varmat darauf aufmerksam, daß er den Minister dazu gebracht habe, etwas unrichtig zu machen, und daß er keinen Groschen erhalte. Darauf habe Varmat erklärt, dann müßte er eben Geschäftsaussicht beantragen. Diese Erklärung brachte die zuzuhörenden Referenten in furchtbare Erregung, da es sich insgesamt um einen Kredit von 12 Millionen Mark handelte, für den keine ausreichende Bedung vorhanden war. Die 500 000 Mark wurden durch einen Wechsel erledigt. Es wurde dann nach dem Grundlag: Wir müssen das Beste nehmen, um das Ganze zu retten, alles getan, um die Ansprüche der Post zu sichern. Als die Sache erledigt war, jagte Höfle zu dem Zeugen: „Der Staatssekretär, ich gebe Ihnen mein Ehrenwort, daß so etwas nicht mehr vorkommen wird.“ Diese Erklärung veranlaßte den Zeugen und den Staatssekretär Vredow, von einem Schritt bei dem Reichstagsabgeordneten zu nehmen. Der Minister sei gutmütig und leichtgläubig gewesen, aber noch heute habe der Zeuge keinen Anlaß zu der Annahme, daß Höfle etwa unehrenhafte Motive habe. Für einen Minister, an dessen Ehrenhaftigkeit er geweiht hätte, würde er nichts sagen haben. Davon, daß Reichstagsabgeordnete unter Mißbrauch ihrer Abgeordneteneigenschaft persönlich Darlehen von der Post gesucht und erhalten hätten, weiß der Staatssekretär nichts. Die Abgeordneten hätten immer nur vernünftig, wie z. B. der deutschnationalen Abgeordnete Behrens für die Landarbeitergewerkschaft.

Falsche Klagen der Landwirtschaft.

In der Dienstagitzung des Handelspolitischen Ausschusses sprach sich der Kommunistische Fraktion gegen die Agrarfrage aus, deren Auswirkung für die arbeitenden Massen geradezu katastrophal sein müßte. Abg. Horlacher von der Sozialistischen Partei berief sich nochmals, mit den althergebrachten und schon tausendmal widerlegten Argumenten, die Notwendigkeit der Agrarfrage zu begründen. Der Sozialdemokrat Schneider beschränkte sich mit der letzten Rede des Sozialdemokraten Hilferding. Da sich viele vollkommene abgeschlossene Wirtschaftszweige gegenüberstünden, könne man weder von einem Weltmarkt noch von einem Weltmarktpreis sprechen. Die Entscheidung zum künftigen Schutz soll gar nicht aufzuhalten, da sonst der nicht schützende Staat dem andern zum Opfer falle. Deshalb müsse Deutschland die Schutzmaßnahme der andern mit eigenen Mitteln beantworten. Abg. Richtig (dr.-natl.) glaubte, man dürfe die Zollfrage nicht vom Standpunkt der Landwirtschaft oder

der Industrie betrachten, sondern müsse immer die Gesamtwirtschaft im Auge haben; das hinderte ihn aber nicht daran, für die Landwirtschaft nach höhere Zölle zu fordern. Wenn sie nicht bewilligt würden, könne die Landwirtschaft nicht über die jetzige Krise hinwegkommen. Die Preise würden nicht steigen, sondern infolge einer gesteigerten Intensität direkt sinken. Der Weg, den Bauern durch eine Ermäßigung der Umsatzsteuer zu helfen, sei ungangbar. Abg. Wiffel (Soz.) ging mit seinen Vordrängern scharf ins Gericht und wies zunächst auf die merkwürdige Tatsache hin, daß zwei Redner, die als Vertreter der Industrie zu betrachten seien, sich von der Heberliste hätten freier lassen. Daraus könne man den Schluß ziehen, daß die Regierungsparteien ohne große Debatte die Zollvorlage durchzusetzen wollen. Es falle der Sozialdemokratie gar nicht ein, die deutsche Wirtschaft der ausländischen Konkurrenz zu überliefern. Es sei die Pflicht der Regierung, durch Verhandlungen mit dem Ausland die Schutzzölle gegenseitig abzubauen, wozu aber die jetzige Zollvorlage kein guter Anlaß sei. Die Sozialdemokratie verabschieße sich keineswegs der Kreditnot der Landwirtschaft, aber es handle sich hier nicht um eine Notlage der Landwirtschaft allein, sondern der gesamten Wirtschaft überhaupt. Die Behauptung, daß durch die Zölle die Preise nicht gesteigert würden, erliege sich schon dadurch, daß die Zölle geradezu beständig eingeführt werden sollen, um der Landwirtschaft aus den Taschen der deutschen Steuerzahler höhere Einnahmen zu verschaffen. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre müßte sehr ernsthaft bezweifelt werden, daß diese Mehrerträge wirklich zur Erhöhung der Produktion benutzt werden. Viel besser wäre der Weg über die Abschaffung der Umsatzsteuer, die Gewährung von Krediten und die berufstechnische Ausbildung der Landwirtschaft. Im übrigen konnte Wiffel an Hand von Zahlen nachweisen, daß die Behauptung, die Landwirtschaft sei jetzt noch mit 12 Milliarden Mark belastet, geradezu unsinnig sei. Weiterberatung Mittwoch.

Die Not in Oberschlesien.

Der Preussische Landtag behandelte am Dienstag in gemeinsamer Beratung eine große Anzahl von Anfragen und Anträgen zur Notlage in Oberschlesien und in der Grenzmark.

Abg. Franz (Oberschlesien, Soz.) schilderte das Marterium, unter dem die obereschlesische Bevölkerung, vor allem die Arbeiterschaft, seit Jahren zu leiden hat. Das fürchterliche Elend der Flüchtlinge ist hier schon 1922 geschildert worden; die grauenvollen Zustände, die damals in dem preussisch gebliebenen Teil eintrifften, haben sich seitdem nur sehr wenig gebessert, weil man mit unzulänglichen Mitteln arbeitete. Nach amtlicher Berechnung sind 80 000 Flüchtlinge vorhanden; der Wohnungsmangel ist geradezu erschreckend. Die Wohnungnot ist aber nicht etwa auf die Flüchtlinge beschränkt; sie ist allgemein vorhanden und zumal in den größten Städten fürchterlich. Jeder Schuppen, jeder Stall wird zur Unterbringung benutzt, und seit Jahren müssen Tausende von Unglücklichen in solchen „Behausungen“ zubringen. Tuberkulose und andere Volksseuchen greifen immer mehr um sich; von der Entschicklichkeit der jüdischen Händler, die sich aus diesem Wohnungselend entwickeln, ganz zu schweigen. Der Berliner Oberbürgermeister Wöb hat festgestellt, daß

75 Prozent der Kinder dort unterernährt sind. In den Schlößern hat man Flüchtlinge aufzunehmen sich geweigert; ob das menschlich, ob es christlich war, lasse ich dahingestellt. Die Schulen müssen als Flüchtlingsasyle dienen, der Schulunterricht fällt weg. Zugleich hat das Unterrichtsministerium obereschlesischen Bergarbeitern die unentgeltliche ärztliche Versorgung entzogen. In Verprechungen für die künftigen Oberschlesier haben es Reich und Staat nicht fehlen lassen, aber das Reich hat seine Ehrenschuld einfach dadurch eingelöst, daß es seine moralische Verpflichtung auf Preußen abwälzte. Was den ostafrikanischen Märkten recht ist, muß den Oberschlesiern billig sein. Das Reich kann von der Milliarde Heberschuß aus 1924 sehr leicht für Oberschlesien eine größere Summe hergeben. Staats- und Reichsregierung müssen endlich ihre Pflicht tun. Das selbständige Reichskommissariat für Oberschlesien ist leider aufgelöst worden. Die Entschädigung der Flüchtlinge erfolgt viel zu langsam und unzureichend; 5 Millionen für den Wohnungsbau sind viel zuwenig; auch können die Arbeiter die teuren Mieten nicht zahlen. Es muß eine großzügige Notstandsaktion eingeleitet werden. Der obereschlesische Provinziallandtag hat auch in diesem Sinne beschlossen. Der unglücklichen Finanzlage der Städte im zweipräsidentlichen Grenzgebiet ist im Finanzausgleich leider nicht Rechnung getragen worden; sie stehen jetzt weit ungünstiger da als vor dem Kriege. Die polnische Regierung ist den drübren in gleicher Lage befindlichen Städten viel wirksamer entgegengekommen. Ich schließe mit der Hoffnung, daß Reich und Staat sich der Not in Oberschlesien eifriger annehmen als bisher. (Beifall. b. d. Soz.)

Wohlfahrtsminister Piffner: Es ist nicht nur bei Verprechungen geblieben, es sind auch Taten erfolgt. Im Jahre

kleines Feuilleton.

Rehrans in den Berliner Theatern.

Das Berlin wird uns geschildert: „Unde gut, alles gut“ in die Karole der jetzt erst zu Ende gehenden Berliner Theaterzeitung. Man konnte in den letzten Wochen hin und her umher schauen, daß diese Spielzeit erst am Ausgange ihrem Höhepunkte zuströme, und daß die Theaterbesucher schnell noch nach dem Vermischten Abende wird der Freude teilhaftig, die mancherlei Unterhaltungen des letzten Winters nach Möglichkeit wieder zumachen wollen. Das interessante, auch darstellerisch wertvolle Ereignis der letzten Wochen war die Aufführung des Lustspiels „Die Egerländer“ von Hans Halls in den „Junge Bühne“, die ein paar urzeitliche Jünglinge aus rechtlichen Gründen — weil ihnen nämlich das kommende Bekanntnis zur schmerzhaften demütigen Kenntnis in den „Atheistischen Novellen“ des gleichen Dichters mißfallen hätte — durch einen wüsten Herrn zu führen hatten. Das eigenartige Werk, dessen ganz dünne Handlung das Zusammenfallen und die endliche Vereinigung zweier junger Menschen schildert, die sich auf einem Schiffe auf den ersten Blick miteinander verliebt haben und dann weit auseinandergerissen werden, beruht auf einer kleinen Folge sehr zusammenhängender Bilder, die nur geringe Spuren einer logischen dramatischen Entwicklung und einer Charakteristik der Personen aufweisen. In den einzelnen Bildern jedoch erweist sich der Dichter als ein Meister der Sprache von überaus feiner und feiner Natur, Lebensgefühl und Ausprägung. So ist die Rede, teilweise dazwischen auf dem Begriff eines Lustspiels, in der es sich noch rätselhaft darstellt, wenn sich jemand im Kampf eine Angel in den Felsen hakt, aber noch keine Gefühls-, aber eine Verführung, die zu großen Hoffnungen berechtigt. Eine besondere Heberzeugung erweisen die Zuschauer nach in der Verwirrung einer schmerzhaften, aufmerksamen Szene durch Herrn Halls, der der sein Auge trocken läßt.

Auch das Berliner Theater hat seine interessanteren Darbietungen für den Schluß dieser Spielzeit angefertigt, indem es endlich der bereits über eine Reihe von Wochenhingen gegangenen Komödie „Rehrans“ von Hans Halls den Weg zum Ausgang nach Berlin beschloß. Aufmerksam ist die Zeit auf den Inhalt, der das Werk auf der Linie liegt. Die von „Rehrans“ angeführte „Rehrans“ ist ein Stück, das in der Mitte steht, zwischen einer leichten, prägnanten Komödie, die jedoch eine Reihe für den langst besprochenen Gruppen über bestimmten Mannes besagen hat und die folgen dem Sommer dadurch abgeschlossen wird, daß sie sich zunächst den ersten Rehrans des Jahres und dann den letztmöglichen Geißel, mit dem sie einen kleinen Rehrans angeht, in die Geißel einer Auflage wegen

Erbruchs bringt. Wir haben in der ganzen verflochtenen Spielzeit neben der Tragödie „Der weine um Judenad?“ von Rehrans kein Werk unserer jüngsten deutschen Dichtergeneration von so heftiger Lebensfülle, von so viel allgemeinem menschlichem Gehalt und so rauchender dramatischer Anschaulichkeit kennen gelernt.

Georg Kaiser, der diese Spielzeit mit seinem romantischen historischen Schauspiel „Gilles und Jeanne“ eingeleitet hat, steht als einer der wichtigsten Persönlichkeiten des modernen Dramas auch an ihrem Ausgang. Im Staatlichen Schauspielhaus wurde sein erfolgreiches, prägnantes, raffiniertes, poetisches Werk, das „Rehrans“ „Der Brand im Overhaus“ aufgeführt. Der hochbegabte Regisseur Friedrich Rehrans wandelt das Stück mit einer Atmosphäre von Wirklichkeit und Dramatik und legt den Schauspielern auf stürmischer Tempo, so daß die knappe Handlung pausenlos in wenig mehr als einhundert Spielstunden vor uns abrollt. Das ist nicht eine Vergewaltigung der rechtlichen Absichten des Dichters, durch die der ausgesprochenen Rechtscharakter des Werkes vollständig verwirrt und „Der Brand im Overhaus“ in die „Rehrans“ der „Geistverwandenen“ von Strindberg gerät.

Schließlich hat auch die „Junge Bühne“ noch einmal mit der Aufführung von Schillers „Rehrans“ republikanisches Theater gespielt. Die Verwicklung des Fieles zu Genau“ eine hervorragende Tat vollbracht. Unter allen jungen Literaten, die heute den Namen auf Schillers „Rehrans“ herablassen, ist kein einziger, der als Dramaturg ein so feuriges dramatisches Temperament aufweist und zugleich noch eine so originelle, unverwundliche Natur wie den Herren Halls zu schätzen weiß. Dieser Herr Halls hat durch kräftige Striche eine wichtige Zusammenfassung dieser leidenschaftlichen Tragödie eines Rehrans und eines charakteristischen Empfindungs erweicht, allerdings an einigen Stellen durch allzu radikale Kürzungen den Zusammenhang gestört. Walter Franz als Ferrina, Leo Rehrans als Rehrans und ganz besonders Alexander Granach durch seine unverwundliche Charakterisierung des jüdischen Rehrans waren die Hauptrollen der merkwürdigen Aufführung.

Die anderen Berliner Theater haben inzwischen bereits, soweit sie nicht geschlossen sind, den Rehrans zu einem unterhaltenden, geselligen Sommerprogramm gemacht. Das Kleine Theater hat eine sehr anmutige Wiedergabe der feinsten und tiefsten Komödie „Angela“ von Otto Erich Hartleben und der amüsanten grotesken Duellverurteilung „Der Arzt seiner Ehe“ von Paul Maugré. Die reizvolle Sommerkunst jedoch hat das neueste Komödientheater im Volkspark Jungfernhöhe, in dem von angehenden Berliner Bühnenkünstlern das merkwürdige Schauspiel „Die Leune der Verliebten“ von Goethe und das beste Lustspiel „Das Käsebrühen“ von Hans Sachs aufgeführt wurde. Man plant, auf dieser unge-

meinungsbollen Gartenbühne, die von einem 1600 Sitzplätze und 600 Stehplätze fassenden Zuschauerraum umrahmt ist, künftig auch Vorstellungen von rhythmischer Gymnastik und Massentänzen. Später sogar auch Aufführungen größerer Werke wie des „Sommerachtsraums“ — zu allerbilligsten Eintrittspreisen — zu bieten. Diese erfreuliche Art wirklicher Volkstanz verdient auch in anderen Städten Nachahmung, zumal da sie keinen allzu großen Kostenaufwand erfordert.

Theaterkritik. Bela Bartoks einaktige Pantomime „Der wunderbare Mandarin“, dessen Aufführung an der Staatsoper in Berlin beabsichtigt, wurde zur Erstaufführung am Friedrich-Theater in Dessau angenommen. Das Werk wird mit des Komponisten einaktiger Oper „Derzog Blaubarts Burg“ an einem Abend in Szene gehen. In Dessau nicht in Magdeburg! — Der Brüsseler Stadtrat hat beschlossen, die Subvention des Théâtre de la Monnaie auf 475 000 Frank zu erhöhen, dafür aber die Spielzeit auf 9 Monate in Dessau zu vermindern und den Preis der Parterresitze auf 20 Frank (4 Mark) festzusetzen. Ein Parterresitz in der Brüsseler Staatsoper kostet also 4 Mark! —

Musik. Der Geiger Maurits van dem Berg, der Magdeburgern bekannt als Pringeiger eines Streichquartetts, das sich inzwischen in Wohlgefallen aufgelöst hat, hat seinen Kösten als erster Konzertmeister des Berliner Philharmonischen Orchesters niedergelegt und ist als Pringeiger in das Bugbaum-Quartett, Wien, eingetreten. Er behält seinen Wohnort in Berlin. —

Der Rhein im Liede. Eine Sammlung der schönsten Rheinlieder gibt der Verlag von Neufeld u. Genius in Berlin heraus, die in einem schmunzigen Heft vorliegen. Walter von Mollo gibt ein Geleitwort mit, das lautet: „Das Lied vom deutschen Rhein ist Poesie. Poesie ist Geist. Der Geist ist unbeflegbar, er ist allmächtig und unsterblich, er ist stärker als die größten Heere, er ist nicht zu töten, und er ist nicht willkürlich zu zerstückeln, er läßt sich nicht einkertern, er bringt durch Stern und Feiern, er ist die einzige Macht auf Erden, die an ihr dauerndes Bestehen glauben darf. Die Poesie des deutschen Rheinlandes ist die Gewißheit glücklicher Zukunft für unsern deutschen Rhein und damit für unser Deutschland.“ —

Ausgrabungen aus der Römerzeit. In der Nähe von Sejsprung bei Balapa-Buja in Ungarn wurden die Überreste einer römischen Villa entdeckt. Man fand einen vollkommen erhaltenen Mosaikfußboden mit figuralen Ornamenten aus der spätern Römerzeit. Weitere Ausgrabungen stehen bevor. Der Entdeckung wird größte Bedeutung beigegeben. —

Radiodienst der Volkstimme.

Internationaler Eizentrust und Handelsabkommen.

Paris, 1. Juli. Ueber das zwischen der deutschen und der französischen Schwerindustrie in Luxemburg zustande gekommene Abkommen macht am Mittwoch morgen die „Journale Industrielle“ eine Reihe bisher unbekannter Angaben. Nach den Informationen des Blattes, das der Schwerindustrie nahe steht, ist das Inkrafttreten der getroffenen Vereinbarungen ausdrücklich von dem Zustandekommen eines Handelsabkommens zwischen Deutschland und Frankreich auf der in Aussicht genommenen Basis abhängig gemacht. Es handelt sich einseitig nur um Abmachungen prinzipieller Natur, deren Einzelheiten der Gegenstand der Beratungen einer in Luxemburg eingesetzten internationalen Kommission bis heute. Im Gegensatz zu den vielfach verbreiteten Meinungen sei in den Verhandlungen die Frage des Austausches von lothringischer Minette gegen Ruhrkohle kaum aufgeworfen worden. Bei dem von der deutschen Industrie zugesagten Einfuhrkontingent handle es sich nicht um Erz, sondern um Erzeugnisse der Hüttenindustrie, wie Rohguß, Halbzeug und zum Teil auch Fertigfabrikate. Das Kontingent von 1 750 000 Tonnen verteilt sich wie folgt: Lothringen 530 300 Tonnen, Luxemburg 427 280, Saar 792 420 Tonnen. In dem Kontingent des Saargebietes sei die Einfuhr von Röhren nicht einbezogen.

Zum belgischen Metallarbeiterkonflikt.

Brüssel, 1. Juli. Den Bemühungen des Arbeitsministers Wouters ist es gelungen, den zum 1. Juli drohenden Großkampf in der belgischen Metallindustrie abzuwenden. Die Unternehmer verlangten eine sofortige Herabsetzung

der Löhne um 5 Prozent und eine nochmalige Verfürzung in der gleichen Höhe bis Ende Oktober. Die Arbeitgeber haben sich jetzt mit einer Reduzierung der Löhne um 2 1/2 Prozent von Mitte Juli bis Ende Oktober zufrieden gegeben. Die Arbeitnehmervertreter erklärten sich bereit, die gefundene Lösung zu unterstützen. Eine Entscheidung wird erst auf dem Kongress der Metallarbeiter am nächsten Montag fallen.

Beruhigung in Griechenland.

Athen, 1. Juli. In Griechenland ist seit Anfang der Woche eine Beruhigung eingetreten. Eine Kommission von 30 Mitgliedern wurde am Dienstag gebildet, die eine republikanische Verfassung auszuarbeiten und die Lenbung des Wahlausschusses vorbereiten soll. Die Nationalversammlung wird bis zum 1. November in Funktion bleiben, dann soll durch Neuwahl ein normales Parlament geschaffen werden.

Die Programmdebatte der belgischen Kammer.

Brüssel, 1. Juli. Am Dienstag wurde in der Kammer die Programmdebatte fortgesetzt. Der Ministerpräsident griff im Verlauf der Diskussion ein und verteidigte die katholisch-sozialistische Koalition und Vandervelde als Außenminister. Im übrigen trat er für eine überaus kühne und weitreichende Sozialpolitik ein, um endlich den breiten Arbeitermassen ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen. Es ist anzunehmen, daß die Regierung mit Übergehoher Mehrheit ein Vertrauenstimmen erhält. Mit Ausnahme einiger erzkonservativer Katholiken dürfte die katholische Fraktion geschlossen für das Ministerium stimmen.

1924 gingen nach Oberschlesien im ganzen aus Staats- und Gemeindefonds etwa 12 1/2 Millionen Mark. Im Jahre 1925 werden diese Leistungen noch wesentlich überschritten werden. Das Reich hat auch seinerseits 4 Millionen für Wohnungszwecke überwiesen, damit aber allerdings keine Verbilligung noch nicht erfüllt, da es sich in der Hauptsache um direkte Kriegszufolge handelt. Der starke Zustrom von Flüchtlingen hat eine Wohnungsnot geschaffen, so umfassend, daß sie von heute auf morgen nicht beseitigt werden kann.

Der Staatssekretär des Ministeriums des Innern: Für die unterzubringenden Arbeiter ist in Schneidemühl eine besondere Arbeitsvermittlungsstelle eingerichtet worden. Die Auflösung der Flüchtlingslager ist im Gange. Schwieriger liegen die Dinge hinsichtlich der Unterbringung der

2500 Optantenfamilien.

Die Verteilung der Familien auf das Inland erfolgt durch den Regierungspräsidenten in Schneidemühl. Auch ist hier vom Reichsarbeitsministerium eine Optanten-Vermittlungsstelle eingerichtet. Die schlechte Finanzlage der ober-schlesischen Städte wird durch das Gesetz vom 28. März d. J. erheblich verbessert; auch ist eine Erhöhung der Hauszinssteuer zum gleichen Zweck vorgesehen. Im übrigen ergibt die Statistik 940 verbrängte Beamte und 64 Angestellte. 340 bzw. 29 davon sind noch nicht untergebracht und beziehen zum großen Teile Staatsunterstützung; ein anderer Teil hat wenigstens vorübergehend Beschäftigung gefunden. Die Unterbringung der Lehrkräfte ist sehr schwierig; neben 8000 Unterbrachten stehen 3560, die noch der Unterbringung harren. Es handelt sich dabei leider um fast ausschließlich katholische Lehrpersonen, und die Aussichten für ihre Unterbringung sind wenig günstig. Bei manchen Gemeinden sind wir bedauerlicherweise auf nur geringes Entgegenkommen gestoßen. Mittwoch 12 Uhr Fortsetzung.

Politik und Kirche.

Als die „Bibelforscher“ vor wenigen Wochen in Magdeburg eine aus dem ganzen Reich sehr stark besetzte Tagung abhielten, war zu beobachten, daß überaus stark das proletarische Element vertreten war, und wer die Namen der besonders stark vertretenen Orte auf einer Religionskarte suchte, konnte unschwer feststellen, daß es fast ausschließlich evangelisch-protestantische Gegenden sind, in denen diese religiöse Bewegung Anhänger in Massen gewinnt. Wer die Delegierten, vor allem aus proletarischen Schichten nach den Gründen ihrer Zugehörigkeit zu den Bibelforschern fragte, hörte in der Antwort neben den religiösen Argumenten fast immer einen Hinweis auf die politische Haltung der evangelischen Kirche und die übertriebene Betätigung evangelischer Pastoren zugunsten der extremen Rechtsparteien.

Die Abkehr von der evangelischen Kirche zeigt sich aber nicht nur in der außergewöhnlich starken Sektenbildung, sondern auch in der wachsenden Zahl von Männern und Frauen, die aus der evangelischen Kirche auscheiden ohne sich einer andern Gemeinschaft anzuschließen. Eine Statistik, die der Pastor Jeev in Braunschweig veröffentlicht, ist in dieser Hinsicht sehr lehrreich. Danach sind in der Stadt Braunschweig nur noch 119 000 Einwohner Kirchenmitglieder, mehr als 20 000 Personen haben der Kirche in den letzten Jahren den Rücken gekehrt, so daß fast jeder fünfte Einwohner Braunschweigs Dissident ist.

Das ist eine deutliche Antwort auf das mühe Treiben der Stahlhelmpartisten, welche die evangelische Kirche ganz in den Dienst der antirepublikanischen und arbeitgeberfeindlichen schwarzweißen Parteien und Kampfbünde stellen. In Braunschweig hat es die evangelische Kirche sogar fertiggebracht, eine Kneipe, die der Stahlhelm erworben hat, feierlich einzuzugrenzen!

Es gibt einflußreiche Leute in der evangelischen Kirche, die ernsthaft die Idee verfolgen, durch ein enges Bündnis mit den Deutschnationalen ein religiös-politisches Gebilde zu schaffen, wie es das Zentrum darstellt. Die naturgemäße Reaktion auf die Unterstellung der evangelischen Kirche in den schwarzweißen Parteidienst ist in religiöser Hinsicht die zunehmende Sektenbewegung und in politischer der Massenaustritt von Arbeitern.

Deutsch-französische Handelsvertragsverhandlungen.

In den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen, die neuerdings wieder eine kritische Zuspitzung erfahren haben, erwartet man für die nächsten 24 Stunden eine entscheidende Wendung. Die für Dienstag in Aussicht genommene Vollziehung der beiden Delegationen mühe wiederum abgefragt werden, da die bestehenden Meinungsverschiedenheiten sich als kaum überbrückbar erweisen haben. Von französischer Seite wird angeführt, daß der deutschen Delegation am Mittwoch eine Note mit den äußersten und letzten französischen Forderungen überreicht wird. Die gesamte französische Presse versucht in offiziösen inspirierten Auslassungen, Deutschland in voraus für ein definitives Scheitern der Verhandlungen, wie es in den Bereich der Möglichkeit gerückt ist, verantwortlich zu machen. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß beide Teile ein gleiches Maß von Schuld daran tragen, daß die Verhandlungen, die von einer Sachlage in die andre geraten, bisher zu keinem Ergebnis zu führen vermochten.

Ein schwerer Fehler der deutschen Unterhändler war es vor allem, daß man das wichtigste Zugeständnis, das man Frankreich zu machen hatte, die Reichshöchstleistung des gegenwärtigen Eisenpreises, nicht dazu benutzte, um den Erzeugnissen der deutschen Fertigungsindustrie entsprechende Zollermäßigungen zu sichern, sondern es der deutschen Schwerindustrie überließ, sich dafür Vorteile rein privatwirtschaftlicher Natur zu erkämpfen. Frankreich dagegen hat die Verhandlungen dadurch ungemein erschwert, daß es im Widerspruch zu dem Abkommen vom 25. Februar gegebenen Zusicherungen immer wieder versucht hat, die deutsche Einfuhr gegenüber Erzeugnissen anderer Länder schlechter zu stellen und daß es, dem Drängen der eigenen Industrie nachgebend, für die meisten Erzeugnisse des deutschen Ausfuhrinteresses unbedingt die Einfuhr verbindernde Zollhöhe durchzubringen beabsichtigt. Die Auffassung der deutschen Delegation, daß die von Frankreich gemachten Zugeständnisse keinerlei Gewähr für ein wirkliches Gleichgewicht der beiderseitigen Ausfuhrmöglichkeiten bieten, konnte bisher jedenfalls von der Gegenseite nicht wiprechtigt werden.

Zollkrieg mit Polen?

Der polnische Ministerrat hat Anfang Juni den Beschluß gefaßt, die Einfuhr deutscher Waren nach Polen in dem Maße zu verbieten, wie die Einfuhr Polens durch den Wegfall der ober-schlesischen Kohlenkontingente geschädigt wird. Dabei wurde in der polnischen Presse fast allgemein die falsche polnische Darstellung aufrechterhalten, als handele

es sich um deutsche Einfuhrverbote gegen die ober-schlesische Kohle. In Wirklichkeit — und das muß im Interesse einer deutsch-polnischen Verständigung immer wieder festgestellt werden — handelt es sich um ein Recht, das Deutschland auf Grund der Entscheidung des Völkervertrags vom Oktober 1921 und der deutsch-polnischen Konvention über Oberschlesien für sich in Anspruch nimmt.

Die polnische Regierung scheint nun mit den Einfuhrverboten, wie von der deutsch-polnischen Grenze gemeldet wird, Ernst machen zu wollen. Dabei ist interessant, daß die polnische Regierung sofort zu einem Zwischenfall mit Danzig geführt haben, der auch den Völkerbund angeht. Polen will die Freie Stadt Danzig in den Verbotsgebiet einziehen. Im großen und ganzen glaubt die polnische Regierung, für die wegfallenden Kohlenkontingente nach Deutschland in Danzig zu etwas wie Ersatz zu finden. So hat man in Warschau, um die Kohlenzufuhr nach Danzig zu erleichtern, z. B. die Eisenbahnfrachten für Kohle nach Danzig und die Hafengebühren in Danzig herabgesetzt. Danzig nimmt aber für sich Einfuhrkontingente aus Deutschland in Anspruch, um den Bedarf seiner Bevölkerung und seiner Wirtschaft sicherzustellen. Es hat seine Zollverordnungen in diesem Sinne auch unterrichtet. Im übrigen beschloß der Danziger Senat, die Angelegenheit dem Völkerbundskommissar in Danzig zu unterbreiten.

Die deutsche Delegation hat bei Ankündigung der polnischen Einfuhrverbote in der deutschen Presse betont, daß sie „außerhalb ruhiges Blut bewahren“ werde. Wir wollen hoffen, daß man von diesem Prinzip nicht abgehen wird. In ihm sehen wir den besten Weg, aus den Schwierigkeiten herauszukommen. Auch in Polen gibt es einflußreiche Kräfte, die auf eine Verständigung hinarbeiten. So schreibt z. B. der bekannte polnische Wirtschaftspolitiker Diamante in „Warschauer Robotnik“, daß die Möglichkeit der Verständigung trotz der jetzigen schwierigen Situation nicht ausgeschlossen ist, besonders wenn beide Staaten die materielle und moralische Schädigung ins Auge fassen, die sich aus Repressalien oder aus einem Zollkrieg ergibt.“

Für Polen sind Szenen über die unmittelbaren Verluste hinaus deshalb besonders leicht möglich, weil Polen gerade keinen Außenminister zur Erlangung einer amerikanischen Anleihe nach Amerika entsendet, und die Aussichten einer derartigen Anleihe bei einem deutsch-polnischen Zollkrieg wohl sehr gering wären. Es ist daher doch mit der Möglichkeit zu rechnen, daß das polnische Kabinett mit seinen angekündigten Kampfmaßnahmen zunächst nur das Gesicht wahren will, sich aber einer Verständigung nicht entziehen wird. Die Wirtschaftslage in Polen ist so katastrophal, daß selbst die Stimme des deutschfeindlichen Chauvinismus in Polen nicht das Gewicht besitzt, das sie sonst, zum größten Schaden Polens selbst, leider hat.

Wie der „Sozialdemokratische Pressedienst“ erzählt, entspricht die Meinung, Deutschland habe gegen die polnischen Einfuhrverbote bereits Repressalien ergriffen, nicht den Tatsachen. Das Auswärtige Amt hat lediglich in Gemeinschaft mit den zuständigen Ministerien Gegenmaßnahmen beraten und die technische Vorbereitung für ihre Durchführung getroffen. Die Repressalien erstrecken sich in erster Linie auf die Einfuhr Polens an ober-schlesischen Industrieartikeln und die Einfuhr von Holz, Frischfleisch usw. Sehr wahrscheinlich werden die geplanten Maßnahmen noch im Reichsrat erörtert werden. Sie sollen dann mit ihrer Veröffentlichung im „Reichsanzeiger“ in Kraft gesetzt werden.

Der Rindermann-Prozess in Moskau

In Moskau hat man bisher noch immer verstanden, Tatsachen zu bestritten und zu irgendeinem politischen Zweck Lügen zu erfinden. Darauf beruht überhaupt das Schicksal des Herrn Rindermann, und man braucht sich deshalb nicht zu wundern, wenn der Anklagevertreter im Moskauer Studentenprozess das Dementi des Berliner Polizeipräsidenten über dessen „Beziehungen“ zu Rindermann und Genossen mit einer lächerlichen Miene abgelehnt hat. Man weiß sich zu helfen und erklärt, das Dementi hat keinen Wert, weil es nicht aus dem Ministerium des Innern stammt. Im Interesse der vor dem Moskauer Gericht stehenden deutschen Studenten war es erforderlich, auf diese Erklärung des Anklagevertreters einzugehen, und so nimmt jetzt das preussische Ministerium des Innern das Wort zu der Feststellung, daß die drei Angeklagten weder mit der Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidenten noch mit dem Ministerium des Innern jemals in irgendwelchen unmittelbaren oder mittelbaren Beziehungen gestanden haben.

Kevande für Leipzig! Das ist der wahre Sinn des Leipziger Prozesses in Moskau. Nicht so sehr die Erlangung von Austauschobjekten für den in Leipzig verurteilten Tschepkin

Stoblewski, sondern die Schaffung eines möglichst wirkungsvollen Gegenstücks zu dem für die Sowjetregierung so peinlichen Tschepapozsch — das ist es, was mit dem Moskauer Prozess-Theater erreicht werden soll.

Der große Moskauer Wuff wäre sicherlich gar nicht erst versucht worden, wenn die Reichsregierung ihre Pflicht getan hätte und frühzeitig dazwischengefahren wäre. Jetzt beist sie sich, allerhand zu ihrer Entschuldigung vorzubringen. Sie ist angeblich immer befreundet gewesen, die Interessen der Angeklagten zu wahren und ihre persönliche Lage zu erleichtern. Schließlich will sie erreicht haben, daß die deutschen Vertreter in Moskau Zutritt zu den Verhafteten erlangten, der deutsche Botschafter die Gefängnisse besuchen konnte usw.

Wiel Entschuldigungen, aber keine Rechtfertigung! Auf der Reichsregierung hier der Vorwurf liegt, daß sie mit ihrer sonderbaren Zurückhaltung den Moskauer Theaterregisseuren das Spiel erleichtert hat.

Gleichwohl werden die Regisseure nicht viel Glück haben. Ihre Oper Rindermann und Wolsch halten keinen Vergleich aus mit Stoblewski, der von seinem Schlafzimmer in der Berliner russischen Botschaft aus die große terroristische Revolution inszenieren wollte. Wolsch und Rindermann — mehr Kinder als Männer, jugendliche Phantasten, grüne Jungen. Man braucht das Berliner Polizeipräsidium nicht für die erleuchtete Behörde in Deutschland zu halten, aber solch abenteuerliche junge Leute als Agenten verwenden, das ist denn doch schon polizeiwidrig dumm. Rindermann und Wolsch — zwei Müden, die der Spinne ins Netz fügen.

Die Spinne, der Kronzeuge der Moskauer, ist der etnisch-deutsche Graf Dittmar, der dritte Angeklagte, der Neffe des deutschnationalen Professors Freitag-Lorringhoven. Er ist Balle, also deutsch-antisemitisches Gemisch, und kein Schüler mehr im Epionieren und Spitzeln. Nach seiner eignen Schilderung hat er sich im Auftrag der DG in das Vertrauen der Kommunistischen Partei eingeschlichen und im Juli d. J. auf Grund einer Mitgliedskarte der kommunistischen Partei in die Berliner Handelsvermittlung Eingang erhalten. Dort sollte er sogar angeheißt werden; nur der plötzliche Befehl, sich der Expedition Rindermanns anzuschließen, habe das verhindert.

Dieser faubere gräfliche Spitzel erzählt nun zum Entzücken der Moskauer die tollsten Räubergeschichten über Rindermann und Wolsch: sie seien Mitglieder der DG und Agenten des Berliner Polizeipräsidenten gewesen. An der letzten Berliner Sitzung des Komplotts zur Ermordung Trozki und anderer namhafter Bolschewikenführer habe auch Michaelis und Kapitän Ehrhardt teilgenommen. Merkwürdig, sehr merkwürdig bleibt es, daß dieser gräfliche Spitzel, der den Vertretern der Sowjetregierung in Wien bereits sehr verdächtig vorgekommen war, die Einreiseerlaubnis nach Rußland bekam. Es wird doch sonst jeder, der in das gelobte Land gehen will, fürchterlich genau auf Herz und Nieren geprüft.

Die Haupt- und Staatsaktion gegen die Rindermannen wird für die Moskauer keinen Bombenerfolg bringen. Die aus Deutschland in Moskau bereits eingetroffenen Zeugen Roje und Sint erklären, Rindermann und Wolsch seien nicht Mitglieder der DG gewesen, sondern hätten sich als Kommunisten betätigt. Rindermann sei übrigens Jude und schon als solcher für die DG undenkbar. Aber wie dem auch sein mag, aus Rindermannen läßt sich bei dem besten Willen kein Gegenstück zu der blutigen Tragödie schaffen, die der Leipziger Tschepapozsch vor der Welt enthüllt hat.

Aus der Partei.

Schiedsgericht im Halle Bauer. Am Dienstag tagte im Reichsrat unter dem Vorsitz des Genossen Prof. Sinzheimer das vom Parteivorstand in Sachen Gufjaw Bauer eingeleitete Schiedsgericht. Es fällte einstimmig folgenden Urteil: „Der Beschluß des erweiterten Bezirksvorstandes der Sozialdemokratischen Partei Groß-Berlins auszuspähere Ausschluss des Genossen Gufjaw Bauer aus der Partei wird als ungerechtfertig aufgehoben. Das Schiedsgericht hat einstimmig festgestellt, daß keine der Voraussetzungen des § 25 des Organisationsstatuts für einen Ausschluss vorliegt.“

Depechen.

Die Angst vor dem Zoll.

Ab. London, 1. Juli. Heute treten hier die neuen Einfuhrzölle in Kraft. Den Vätern zufolge trafen bis zum letzten Augenblick der Gültigkeit der alten Zölle — d. h. bis gestern nachmittags 5 Uhr — Massensendungen von Waren, wie Seide, Kunstseide, Uhren, Autos usw. ein, um der neuen Verteuerung zu entgehen. Auch Flugzeuge wurden hierbei benutzt. So trafen auf dem Londoner Flugplatz Croydon von Sonnabend bis gestern nachmittags Waren im Werte von 280 000 Pfund Sterling ein. Ein Flugzeug aus Zürich, das mit goldenen Uhren beladen war, kam gerade noch im letzten Augenblick an.

Opfer der Arbeit.

Ab. Gattisberga (Provinz Sachsen), 1. Juli. Durch eine niedergeführte Lehmbauwerk verschüttet und getötet wurden in einer Lehmgube bei Oltamonda ein 23-jähriger junger Mann und sein 52-jähriger Onkel.

Ab. Berlin, 1. Juli. Durch eine Explosion in der chemischen Fabrik der Söding A.-G. in der Nähe des Bahnhofs Jungfernheide wurde ein Arbeiterin getötet, drei Arbeiter schwer und einer leicht verletzt.

Strafantrag im Moskauer Prozess.

Ab. Moskau, 1. Juli. In der gestrigen Abend Sitzung der Prozessverhandlungen gegen Rindermann, Wolsch und Dittmar beantragte der Staatsanwalt gegen alle drei Angeklagten die Todesstrafe.

Saison Räumungs Verkauf!

Billiger denn je!

DITTMANN

Baumwollwaren

Hemdentuch gute süddeutsche, mittelfädige Ware, ca. 80 cm breit Meter	58	Louisianatuch (Seinenart), gute mittelfädige Ware, Kissenbreite, zirka 80 cm Meter	95	Schürzen-Gingham hell und dunkel gestreift, gute kräftige Qualität, ca. 90 cm breit Meter	1.20
Hemdentuch gute, fein-, mittel- und starkfädige Qualitäten, Leinwand, ca. 80 cm br. Meter	75	Louisianatuch Deckbettbreite, zirka 130 cm Meter	1.60	Schürzenstoff extra starkfädige Ware, in hell- und mittel-farbigem Streifen, ca. 116 cm breit Meter	1.45
Haustuch extra starkfädige, süddeutsche Ware für Setten-Senden, ca. 80 cm breit Meter	1.05	Bettsatin in verschiedenen Streifen und guter Qualität, Kissenbreite, zirka 80 cm Meter	1.40	Schürzenwarp gute Qualität, in verschiedenen Streifen, ca. 90 cm breit Meter	95
Renforcé für Unterhemden und Leibwäsche, ca. 80 cm breit Meter	85	Bettsatin in verschiedenen Streifen und guter Qualität, Deckbetbreite, zirka 130 cm Meter	2.40	Gerstenkorn-Handtuch mit roter Kante, ca. 48 cm breit Meter	65
Renforcé süddeutsche, starkfädige Ware für Ober- und Nachhemden, ca. 80 cm breit Meter	1.05	Gebülmte Bettbezüge gute Ware, zirka 80 cm breit Meter	95	Drell-Handtuch Halbseinen, ca. 48 cm breit Meter	75
Renforcé süddeutsche, feinfädige Ware, für ganz feine Leibwäsche aller Art, ca. 80 cm breit Meter	1.25	Karierte Bettbezugstoffe in guter Qualität, Kissenbr., zirka 80 cm Meter	95	Drell-Handtuch grau mit roter Kante, Halbseinen, ca. 46 cm breit Meter	95
Wäschestoffe feinfädige Qualität für leichte Sommerwäsche, ca. 80 cm breit Meter	95	Karierte Bettbezugstoffe in guter Qualität, Deckbetbreite, zirka 130 cm, Meter	1.60	Jacquard-Handtuch Halbseinen, in schönen Mustern, 48x110 cm Stück	1.80
Rein Makotuch für elegante Wäsche, zirka 80 cm breit Meter	1.35	Bettlakenstoff gute starkfädige Qualität, zirka 150 cm breit Meter	2.25	Drell-Handtuch prima Reineinen gebleicht, gefäut und gebändert, 48x100 cm Stück	1.75
Linon (Seinenart), starkfädige Ware für alle Wäschezwecke, zirka 80 cm breit Meter	85	Bettinlett echt türkischrot, federdicke Ware, für Kissen, zirka 80 cm breit Meter	2.10	Wischtuch weiß/rot kariert, gefäut und gebändert, 50x50 cm Stück	39
Linon (Seinenart), mittelfädige Qualität für Bett- und Leibwäsche aller Art, ca. 80 cm breit Meter	1.05	Bettinlett für Deckbet, zirka 130 cm breit, echt türkischrot, federdicke Ware Meter	3.50	Wischtuch weiß/rot kariert, gute Qualität, 55x55 cm Stück	42
Weiß Körperbarchent kämmt, gute geramte Ware für alle Körperwäsche, ca. 80 cm br. Meter	95	Bettinlett für Unterbet, zirka 115 cm breit, echt türkischrot, federdicke Ware Meter	3.50	Drell-Handtuch grau Halbseinen, mit roter Kante, gefäut und gebändert, ca. 45x100 cm Stück	1.05
Hemdenbarchent gute zwei-zug geramte Ware, in verschiedenen Streifen, ca. 70 cm br. Meter	78	Bettinlett echt türkischrot, federdicke prima Qualität, für Kissen, zirka 80 cm breit, Körper Meter	2.60	Drell-Handtuch grau kariert Reineinen, gefäut und gebändert, ca. 45x100 cm Stück	1.20
Hemdenbarchent weiß/blau gestreift, einseit. gerbt. Ware, gute Qual., ca. 70 bis 75 cm br. Meter	90	Bettinlett für Deckbet, zirka 130 cm breit, Körper Meter	4.40	Poliertuch 55x25 cm Stück	20
Kleiderdruck prima Qualität in schönen Mustern, zirka 70 cm breit Meter	85	Bettinlett für Unterbet, zirka 115 cm breit, Drell Meter	4.40	Staubtuch ca. 38x40 cm Stück	25

10-Meter-Stücke Renforcé gute süddeutsche Ware für Leinwände, ca. 80 cm breit, Spezialmarke „Florida“ Mf. **10.50**

10-Meter-Stücke Renforcé feinfädige süddeutsche Ware für feine Leibwäsche, ca. 80 cm breit, Spezialmarke „Edeltuch“ Mf. **12.50**

Kleiderstoffe

Musselin mit Wiesjäbrige Kanten, 90 cm breit Meter	55	Crépe marocain schöne Ausmusterung Meter	1.20	Reinwollene Velour-Karos für Kleider und Jacken Meter	4.80
Wollmusselin reichhaltige Musterauswahl Meter	1.96	Gestreifte Wollstoffe in Halb- u. reiner Wolle, große Breite Meter	2.45	Reinwollener Voile bestickt, in mittel- und dunkelfarbig, große Breite Meter	4.50
Perkal u. Zephir für Damen- u. Herrenkleider u. Blusen, mit feiner Webart Meter	68	Reinwollener Popeline in vielen Farben, breite Stoffe Meter	2.75	Kostümmstoffe schwere Qualitäten, auch für Mäntel geeignet, 130 bis 140 cm breit Meter	2.50
Seidentrotte prima Qualität, ca. 90 cm breit, in vielen Farben Meter	1.25	Reinwollener Popeline rausgeleert, mit feinen Fibern, große Breite Meter	3.25	Flanellharchent für Hauskleider und Blusen mit feinen Fibern, v. Nützlich auf früh. Wert Meter	55

Prima Schweizer Madapolam-Wäschestickereien zu ganz besonders vorteilhaften Preisen.

Siegfried Cohn

Webwaren - Breite v. 58/60

Zweiter bequemer Eingang Schwertfeger Str. 19

25 Jahre Magdeburger Parteiorganisation.

Heute, am 1. Juli, sind es 25 Jahre her, daß das Verbindungsverbot für politische Vereine aufgehoben wurde. Damit war die Bahn für die Gründung einer festen Parteiorganisation frei. Die Magdeburger Parteigenossen gingen auch sofort daran, eine solche Organisation zu schaffen. In einer öffentlichen Volksversammlung wurde beschlossen, den Sozialdemokratischen Verein zu gründen. Am 1. Juli 1900 trat der Verein in Tätigkeit. Es war der Tag des 10jährigen Bestehens der „Volksstimme“. Von den Gründern sind heute noch zirka 150 Genossen unter den Lebenden. Sie alle werden an dem heutigen Tage mit Stolz auf ihr Werk zurückblicken.

Während des Sozialistengesetzes — von 1878 bis 1890 — war es der deutschen Arbeiterklasse nicht möglich, eine Organisation zu gründen. Im Anfang der 90er Jahre, als das Schandgesetz gefallen war, wurde es versucht. Auf Grund des Verbots der politischen Vereinigungen löste die Polizei jedoch alle Verbindungen auf.

Polizeikampf gegen die Partei.

Der Polizeigeist des Sozialistengesetzes spukte noch lange in Deutschland; eigentlich lebte er bis zur November-Revolution. Die Sozialdemokratie wurde mit allen Schikanen bekämpft. Der Geist der Staatsanwälte Tessenlorenz, Maizier und Nischelitz war in Magdeburg lebendig. Sie waren es, die während der Zeit des Sozialistengesetzes die Sozialdemokratie totschlagen wollten. Ihr Kumpan und Nachfolger war der Polizeipräsident Kehler. Er amtierte in Magdeburg von 1889 bis 1905. Also 16 Jahre.

Kehler hat alles Erdenkliche geleistet, um die Sozialdemokratie zu vernichten. Alle Les- und Diskussionsclubs wurden verboten, die Arbeiterbildungsschule aufgehoben. Alle Besprechungen mußten in öffentlichen Versammlungen erledigt werden.

Auch dann, als das Verbindungsverbot gefallen war und die Sozialdemokratie feste Organisationen zu gründen in der Lage war, hörte die infame Bekämpfung durch Kehler nicht auf. Als 1901 der Sozialdemokratische Verein ein Sommerbegrüßen abhalten wollte, verbot es Kehler.

Die Frauen durften bis zum Jahre 1908 nicht Mitglied der Sozialdemokratischen Vereine sein. Sie bildeten deshalb Frauenbildungsvereine. Kehler behauptete, diese Bildungsvereine beschäftigten sich mit Politik und ließ sie überwachen. In öffentlichen Versammlungen mußten die Frauen auf den Galerien Platz nehmen. Die öffentlichen Versammlungen wurden polizeilich überwacht. Zu jeder Versammlung erschien ein Kommissar mit zwei Schülern. Dadurch ist so manchem Schutzmann die Idee des Sozialismus beigebracht worden.

Vereinsversammlungen durften nach dem Gesetz nicht überwacht werden. Kehler war aber anderer Meinung. Selbst Krankenkassenversammlungen waren nicht sicher vor polizeilichen Maßnahmen.

Zur Nacht 1903 wurde in Westerschiffen eine Versammlung verboten, weil sie in der „Volksstimme“ als — „wichtig“ bezeichnet worden war. Im März 1903 wurde der Militärhospiz über ein Magdeburger Warenhaus verhängt, weil in seinem Erfrischungssaal die „Volksstimme“ ausgelegt hatte. Noch bis zum Jahre 1914 fand man in keinem Café, in keinem bürgerlichen Restaurant die „Volksstimme“ ausliegen.

Die rechte Hand Kehler's war der berüchtigte Polizeieinspektor Krieter. Den alten Genossen ist er bekannt aus dem Geheimbundprozeß 1887. Sie kennen auch seine Broschüre „Die Geheimorganisation der Sozialdemokratie“. Ihm folgte der Polizeieinspektor Schmidt. Gleich Krieter hat er sich als Unteroffizier auf preußischen Kasernenhöfen zum Polizeidienst vorbereitet. Das Spitzelwesen blühte während seiner Amtszeit von neuem auf. Doch die Magdeburger Parteigenossen waren so vorsichtig und geschickt geworden, daß die Spione und Agenten des Herrn Schmidt eigentlich niemals etwas von Bedeutung erfuhren. Von allen großen Aktionen: Märschen, Wahlrechtsdemonstrationen und so weiter wurde die hohe Polizei stets übertrübt, während umgekehrt der Nachrichtendienst der Sozialdemokratie über die polizeilichen Pläne in den meisten Fällen gut funktionierte.

Im Jahre 1904 löste die Polizei sogar die Preßkommission der „Volksstimme“ auf. Schmidt verlangte die polizeiliche Anmeldung. Damit wollte er die polizeiliche Überwachung. Er wurde vom Gericht eines andern belehrt.

Das gefürchtete Rot.

Kein Kranz mit roter Schleife durfte am Grabe niedergelegt werden, ja noch nicht mal auf den Friedhof mitgenommen werden. Die Schleife mußte vor dem Verlassen des Friedhofs entfernt werden. Sobald die Polizei erfuhr, daß ein Sozialdemokrat beerdigt werden sollte, standen am Eingang des Friedhofs Polizeibeamte. Auf der Straße durfte keine rote Fahne gezeigt werden.

Das Kinderfährlein.

Wie die Polizei auf rotes Tuch dressiert war, zeigt ein Urteil gegen das Ehepaar Kehler. An einem Sonntag abend waren Kehler und Frau von einem Vergnügen gekommen. Sie hatten einen kleinen Sohn bei sich, der sich ein kleines Bahnwärterfährchen wünschte. Der Vater kaufte seinem Sohn eine kleine Fahne aus rotem Tuch. Dieses kleine Fährlein hatte

Der 11. Juli der Tag der Partei!

Rüftet dazu!

Treffpunkt aller Parteimitglieder, deren Bekannten und Verwandten an dem Tage in der „Wilhelma“

Frau Kehler, weil der kleine Junge zu müde geworden war, um es selbst zu tragen, an dem Kinderwagen angebracht, in dem ihr jüngstes Kind lag. In der Jakobstraße erreichte die Fahne den Unwillen eines Schutzmanns. Er zeigte das Ehepaar an und die Strafkammer zu Magdeburg, unter dem Vorsitz des damals bei den Arbeitern bekannten Landgerichtsdirektors Polle, sah darin, daß die Eheleute Kehler mit dem an ihrem Kinderwagen befestigten roten Kinderfährchen durch einige Straßen der Stadt gezogen waren, eine grobe, gegen den Bestand der öffentlichen Ordnung gerichtete Handlung. Kehler wurde mit drei Wochen, die Ehefrau mit zwei Wochen Haft bestraft. Während die Verurteilten ihre Strafe verbüßten, entriß ihnen der Tod ihr jüngstes Kind. . . .

Die „Justiz“.

Es würde zu weit führen, bei dieser Gelegenheit alle die Urteile der Justiz aufzuführen, die jedem Rechtsempfinden Hohn sprachen. Erinnert sei an den Prozeß Müller-Schmidt. Müller bekam 4 Jahre Gefängnis, weil die „Volksstimme“, die er als Verantwortlicher zeichnete, einen Prinzen beleidigt haben sollte. Im Wiederaufnahmeverfahren wurde Müller freigesprochen und Albert Schmidt zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Diese Strafe hat den rüftigen Mann vollständig zerrüttet. Genosse John sollte 2 Jahre Gefängnis bekommen, weil die „Volksstimme“, deren Verantwortlicher er war, die Kehlinger Hockjagden eine greuliche Meßerei nannte. Das Gericht machte es noch „gnädig“ und ließ ihn mit 9 Monaten laufen.

Die „Volksstimme“ registrierte nach 10jährigen Bestehen 100 Anklagen, davon 40 Verurteilungen, die insgesamt 23 Monate 14 Tage Gefängnis und 5300 Mark Geldstrafe einbrachten, wozu noch 9142 Mark Gerichts- und Anwaltskosten kamen. Bis zum Jahre 1910 buchte die „Volksstimme“ eine Gesamtstrafe von 13 Jahren 7 Monaten und 13 Tagen Gefängnis. Anwalts- und Gerichtskosten in den 20 Jahren 45 460 Mark.

Wahlrechtskämpfe.

Nachdem das Verbindungsverbot gefallen war und die Magdeburger Sozialdemokraten eine feste Organisation geschaffen hatten, begann der Ansturm gegen das Dreiklassenwahlrecht. Durch öffentliche Demonstrationen sollte der Unwille der Arbeiter gegen dieses Wahlrecht dem Bürgerum gezeigt werden. Die erste Demonstration fand am 21. Januar

1906 statt. Nach Schätzung bürgerlicher Zeitungen soll die Teilnehmerzahl 20 000 betragen haben. Lange vor dem 20. Januar waren Polizeifädel geschliffen und Revolver an die Schutzleute verteilt worden, wie das vor jedem 1. Mai geschah. Am 20. Januar, nachmittags 5 Uhr, waren vom Militär Doppelposten aufgestellt worden, die Patronentaschen waren mit Kleinfaltrigen gefüllt und die nach Budau, Sudenburg und Wilhelmstadt führenden Lote militärisch besetzt. Sogar Geschütze waren stellenweise auf den Wällen in Stellung gebracht worden.

Bei der Straßendemonstration im Jahre 1908 gelang es der Arbeiterkraft zum erstenmal, den so sorgsam von der Polizei geschützten Breiten Weg zu einer wirksamen Kundgebung zu benutzen.

Die gewaltigsten und machtvollsten Straßendemonstrationen gelangen der Magdeburger Arbeiterkraft im Jahre 1910. So am 13. Februar. Nach einer gewaltigen Versammlung im „Luisenpark“ sollte im Innern der Stadt demonstriert werden. Die Polizei hatte das verhindert dadurch, daß durch eine starke Schutzmannskette die Ulrichstraße abgesperrt wurde. Die berittene Schutzmannschaft hatte hier eine besondere Aufgabe, mit den Pferden das Publikum zurückzudrängen. Das Publikum wehrte sich, um von den Pferden nicht auf die Füße getreten zu werden. Ein Mann stieß denn auch ein Schutzmannspferd zurück, wurde festgenommen und später dem Gericht wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Am 1. Oktober 1908 traten die im Bildungsverein organisierten Frauen geschlossen in den Sozialdemokratischen Verein über.

Soziale für die Partei.

Die Sozialfrage spielte in der Vorkriegszeit eine sehr wesentliche Rolle. Als einziges großes Versammlungs- und Vergnügungsslokal stand uns nur der „Luisenpark“ zur Verfügung, der Inhaber war der Genosse Rankau. Die übrigen Lokalhaber verweigerten die Vergabe ihrer Lokale für Veranstaltungen der Sozialdemokratie. Dafür sorgte schon die Polizei. Wehe dem Wirte, der es damals wagte, der Sozialdemokratie Versammlungen zu ermöglichen. Heute ist es anders geworden. Alle Lokale stehen uns zur Verfügung. Dadurch ist es möglich, unsern Veranstaltungen eine ganz andre Form zu geben.

Dank den Alten.

Am 1. Juli wollen wir uns das alles noch einmal ins Gedächtnis zurückerufen, um daran zu erkennen, wie schwer es damals war, für die Partei zu arbeiten. Alle, die bei Gründung der Organisation, bei ihrem Ausbau mitgeholfen haben, waren von dem unbefiegbaren Gedanken befeelt, dem Sozialismus zu dienen unter allen Umständen. Die Organisation nahm an Mitgliedern immer zu, trotz des gesetzlichen Zustandes, daß jedes Mitglied der Polizei gemeldet werden mußte. Auch die Melbung ist heute nicht mehr nötig. Eine Erleichterung, die es jedem möglichst macht, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei zu sein.

Vollenden wir das Werk der Gründer. Versuchen wir noch in diesem Jahre die Mitgliederzahl der Partei in Magdeburg über 10 000 zu steigern, dann werden wir den Gründern eine Anerkennung zollen. Eine Anerkennung, die weit mehr wert ist als eine Ueberreichung von Diplomen oder andern Abzeichen am Jubiläumstage. Dies zu erfüllen, wollen wir geloben, und das soll der Dank sein an unsre Jubilare!

Jubiläumssfeier.

Der 11. Juli soll uns alle zusammenführen, um all der Kämpfe, die vom 1. Juli 1900 bis 1. Juli 1925 geführt worden sind, zu gedenken. Die Jubiläumssfeier findet in der „Wilhelma“ statt. Die Genossen Weims und Bader werden die Festansprachen halten.

Genossen und Genossinnen! Wir haben weiter zu bauen an dem gemeinsamen Werke. Die Organisation ist stark geworden. Sie muß aber noch stärker und schlagfertiger werden. Es gilt im Sinne der alten Kämpfer zu handeln!

Vormwärts durch Kampf zum Sieg! Es lebe der Sozialismus!

Der Vorstand.
J. A. Otto Winger.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 1. Juli 1925.

Das Lied.

Die Sonne war noch nicht hinter den Häusern untergetaucht, doch neigte sich ihr Licht schon dem Verlöschen entgegen. In der Geschäftstraße im Zentrum der Stadt, wo sich die großen Kaufhäuser gegenüberstehen und mit feindlichen Blicken messen, merkte man die Feierabendstunde, ohne daß man zu den Uhren oder zum Himmel aufschah. Die großen Lote hatten sich einem Heer von Männern und Frauen mit Aktentaschen geöffnet. Die aus den Kontoren und Verkaufsstätten zum Abendbrot Heimkehrenden und die Bürgerfrauen, die ihre Einkäufe besorgt hatten, strebten raschen Schrittes den Seitenstraßen zu, denn die Luft auf dem Breiten Wege war voll Rärmens und Staub. Auf dem Fahrbaum dröhnte und stampfte noch die Arbeit.

Plötzlich hemmten viele Leute den Schritt und sahen sich erstaunt, manche mit bösem Blick um. Die Gedanken, die jeden auch auf der Straße beschäftigen, überdante ein an diesem Ort überaus seltener Gesang aus jungen Kehlen. Ein kleiner Trupp von dreimal zwei jungen Arbeitern zog die Straße der großen Geschäftskolonne entlang und ließ ein Lied von Jugend, Wandern und Zukunft erschallen. Die jungen Kerle kümmerten sich nicht um die verurteilten Gesichter rechts und links und hörten auch nicht auf das Spottwort „Ins Frennhaus!“, das ein Mann ihnen nachrief. Ueber Rärm und Staub der Straße hinweg blieben sie der brennenden Sonne nach, die die Mauerfronten mit goldenem Schimmer verklärte und den ärgerlichen Schreier lächerlich machte.

Der Mann, der unserer Schar das häßliche Wort nachrief, ist ein bernünftiger Mann. Es ist ein verrückter Einfall, auf dem Breiten Wege, in Rärm und Staub zu singen. Aber — ihre „Verrücktheit“ war in dieser Stunde das Schönste auf dem Breiten Weg. —

Sozialdemokratische Partei

Bezirk Neue Neustadt. Am kommenden Freitag abend 8 Uhr Funktionärssitzung im „Wintergarten“.

Bezirk Süd. Frauenversammlung nicht am Donnerstag den 2. Juli, sondern am Donnerstag den 9. Juli.

Erudchen und die Kriegsfahne.

Jeden Tag sehe ich Erudchen auf ihrem Rad an mir vorbeifahren, den Blick sehnsüchtig ins Weite gerichtet, als strebe sie irgendeinem Retter in die erbarmungsvoll geöffneten Arme. Sie ist blond, etwas sehr lang und etwas sehr mager, wie eine angehende Schwindkrüchtige, die von einem innern Feuer verzehrt wird. Diese ein wenig gespenstische Erscheinung beunruhigt mich, denn von der Lenkstange ihres Rades flattert läßt und trübsig in winzigem Format die Kriegsfahne des deutschen Kaiserreichs. Was will Erudchen? Eine kampflustige Amazone habe ich mir bisher anders vorgestellt, stärker, herausfordernder, heldenhafter. Erudchen ist ein bescheidenes junges Mädchen von sechzehn Jahren, das wahrscheinlich auf dem letzten Schulzeugnis im Betragen und in Religion die Note 1 erhalten hat. Aber Erudchen radelt mit der Kriegsfahne, ist sicherlich von dem Glauben

an eine große Mission erfüllt und fordert ihr Zeitalter, wie ihr Köpchen es versteht, in die Schranken.

Erudchen hat sanfte Bücher gelesen, in denen viel von Frommendum und christlicher Nächstenliebe, außerdem von Mondschein und dem Zirpen der Grillen die Rede ist. Der Schlachten-donner ist in diesen Büchern nur ein fernes Gewittergrollen an einem entzückenden Juniabend. Was will also Erudchen mit der Kriegsfahne? Ist sie eine blutdürstige Amazone, die es nicht erwarten kann, das Anie auf die Brust des erschlagenen Feindes zu legen? Schwärmt Erudchen nicht für einen ebenfalls blonden Jüngling, den sie in nicht allferner Zukunft heiraten möchte? Wünscht sie, daß dieser Jüngling beunruhigt, von einer Granate gerissen oder von Giftgas erstickt sein Leben heldenhaft aushaucht oder, wenn ihm dieses Glück nicht beschieden, daß später ihre Söhne mit herausquellenden Eingeweiden im Drahtverhau zu Lode zappeln, von Tanks gemalmt oder von elektrischen Strömen von irgendwoher vernichtet werden?

An alles dies denkt Erudchen fieberlich nicht, aber Brüder und Vetter, Vater und Onkel schwärmen ja auch für die Kriegsfahne, und während sie friedlich ihr Bier trinkt und die Pfeife raucht, wünschen sie der halben Welt den Tod und lassen irgendeinen Schlachtenlenker, der vielleicht ebenfalls zuriefen seine Pfeife raucht, hochleben. So begeistert Erudchen in einer Atmosphäre von Stumpfsinn, Blut, Wierbung und Gartenlaubgeruch und während der Feld, den alle ihre erwachsenen Verwandten und Bekannten als Retter des Vaterlandes zum Präsidenten gewählt haben, jedem, der es hören will, von der „Befreiung der Welt“ redet, gönnt Erudchen siegesbewußt mit der Kriegsfahne durch die Weltgeföhre. *Paul Anton*

Die Fahrt nach Hamburg.

Die Sozialistische Arbeiterjugend Magdeburgs hatte zu einem Lichtbilderortrag über Hamburg eingeladen, der am Sonntag den 28. Juni im Franko-Jugendheim stattfand.

Die Sozialistische Arbeiterjugend weiter für diese große Tagung rufen. Vor allem will sie auch den bedürftigen Jugendlichen die Teilnahme an der Fahrt ermöglichen.

Soweit ältere Genossen mit an der Fahrt nach Hamburg teilnehmen wollen, sind sie uns herzlich willkommen.

Klagen über das Mieterrechtsgesetz.

In einer kleinen Anfrage deutsch-nationaler Landtagsabgeordneter wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß das Mieterrechtsgesetz praktisch als Gesetz zum Schutze der Mietprellerei wirke.

Die Tatsache, daß in der Zuweisung von Erbsparnissen laut Mieterrechtsgesetz eine unbillige Härte für den Vermieter liegen kann, war wiederholt Gegenstand von Verhandlungen.

Die Möglichkeit einer Gewichtung auf die Gemeinden, welche für Leute zu schaffen, die sich häuslicherweise ihrer Mietzahlungspflicht entziehen, ist der Staatsregierung nicht gegeben.

Nach § 36 Abs. 3 des Mieterrechtsgesetzes darf der zur Herausgabe eines Raumes Verpflichtete von der Gemeindebehörde nicht in den gleichen Raum wieder angewiesen werden.

Durch die polizeiliche Einweisung löst das frühere, durch Aufhebungslage beendete Mietverhältnis nicht wieder auf, es wird auch nicht neu begründet.

Viel zu hohe Obstpreise. Dem Früchtdiebstahl ist schon aus gesundheitlichen Gründen ein Mengenabzug in den Großstädten zu machen.

Städtische Bodenpreise. Die städtische Bodenpreisliste Graze Schulstraße 35 weist am Freitag den 2. Juli den Bereich wieder in hohem Umfang auf.

Übertragende Strafsperre am Sonntag den 3. Juli. Wegen dringender Arbeiten am Hochspannungsfeldnetz ist das Hochspannungsfeld am Sonntag den 3. Juli 1925 in der Zeit von 6 bis 8 Uhr vorübergehend die Stromlieferung für den Stadtteil Radkau zu unterbrechen.

Verpflichtung des pflanzlichen Obstes. Der Magistrat hat die städtische Obstpreise zu erhöhen.

Verpflichtung der Schullehrer. Durch die Lehrplannovelle gegenüber der Schullehrer in den Schulen ist eine Veranschlagung der Schullehrer notwendig.

Luftverkehrsstrede Dresden-Magdeburg-Eltona. Der Magistrat hat den Stadterordneten eine Vorlage zugehen lassen, in der ein Beitrag zur den Betriebskosten einer Luftverkehrsstrede Dresden-Magdeburg-Eltona beantragt wird.

Schutz der Vögel. Eine internationale Vogelschutzkonferenz wird in den nächsten Wochen von der schwedischen Regierung einberufen werden.

Unfall. Durch einen abstrufenden Baumstamm wurde am Dienstag vormittag der Arbeiter Otto Sch., wohnhaft Ottobrunn-Strasse 109, in einem Sägemehl auf der Umfassungsstraße im Gesicht schwer verletzt.

Einbruchsdiebstahl. Bei einem in der Nacht zum 28. Juni gegen 5 Uhr in einem Café in der Walter-Rathenau-Strasse verübten Einbruch wurde ein großer Kasten Leinwand und Tafelwäse und auch eine Wäschekiste gestohlen.

Größter. Heute vormittag brach in der Schupp- und Bohnerwachsfabrik von Herz, Grünstraße 16, ein Fabrikbrand durch Ueberlösen von Wachs aus.

Fabrikbrand. Am Dienstag abend entstand in den Gießereigebäuden der Firma Eisenmatten A.-G., Werk 2, an der Lübecker Straße, durch Ueberhitzung ein größeres Feuer.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Abteilung Siedenburg. Antreten der Abteilungen zum Abmarsch zur Fahnenweihe am Sonntag mittig 1 Uhr am Domsdorfer Weg.

Theater, Konzerte, Vorträge etc. Schauspielhaus. Vorstellung 'Der Schicksale Kreis' (Ray Klingler, Richard Müller, Otto Ditz).

Aus den Gerichtssälen.

Ein Duell, das am 18. März d. J. zwischen dem Musiker Adolf Raubinger und seinem Schwager, dem Krüger Julius Richter, in der Weißgerberstraße ausgefochten wurde.

Der beleidigte Amtsgerichtsrat. Wegen Beamtenbeleidigung hatte sich vor dem Schöffengericht der Kompanien Ernst Klinge zu verantworten.

Der Segen des Sommers soll uns auch im Winter laben. Schon regen sich die fleißigen Hände der Hausfrauen und bergen die Ueberfülle des ersten reifen Obstes wie Stachelbeeren, Erdbeeren, Kirschen in gute reine Gefäße.

Der Vatermord in Grabow.

Zweiter Verhandlungstag. In Beginn des zweiten Verhandlungstages wird die Vernehmung des Hauptangeklagten Albert Hoppe fortgesetzt.

geragt angelaufen kam, der ihm sagte: 'Der Vater ist tot, ich habe ihn erschossen!' Mein Bruder erzählte mir darauf, daß er mit seinem Vater in Streit geraten war, worauf mein Bruder das Gewehr nahm und meinen Vater erschoss.

Als der Vorsitzende dem Angeklagten darauf vorhält, warum er denn gestern alles abgestritten hätte, erklärt der Angeklagte plötzlich wieder, daß er ja tatsächlich auch nichts wissen und daß das alles Schwindel sei, was er soeben erzählt habe.

Als der Angeklagte am 1. Oktober 1924 verhaftet wurde, wurde bei ihm eine schwere Pistole und eine Revolver beschlagnahmt. Die Pistole will er auf seinem Hofe gefunden, das Revolver soll tot in seinem Garten gelegen haben.

Die Beweisaufnahme.

Stegemeister Düthler (Wiederich) soll ein Gutachten darüber ablegen, ob aus der beschlagnahmten Revolvere ersichtlich ist, wie das Tier erjagt wurde. Der Sachverständige läßt darüber keinen Zweifel, daß das Reh mit einer Schlinge gefangen und dann durch einen Stroh getötet worden ist.

Nach der Mittagspause wird Medizinalrat Dr. Boretius vernommen, der ein Gutachten über den Geisteszustand der Mutter Hoppe erstatten soll. Er hält die Angeklagte für geistig völlig normal.

Die Zeugin Minna Friedrich ist die Mutter einer früheren Braut des Albert Hoppe. Zu der Zeugin hat der Angeklagte einmal gesagt: 'Ich bringe nicht eher eine Frau ins Haus, als bis der Alte tot ist.'

Der Segen des Sommers soll uns auch im Winter laben. Schon regen sich die fleißigen Hände der Hausfrauen und bergen die Ueberfülle des ersten reifen Obstes wie Stachelbeeren, Erdbeeren, Kirschen in gute reine Gefäße.

Zentraltheater.

Das Zentraltheater eröffnet heute Donnerstag wieder die Operetten Spielzeit mit der stimmungsvollen Operette 'Der Bettelstudent'. Die Intention der Operette ist es, den Zuschauern die Freude an der Operette zu erneuern.

Zollwucher und Bekleidungsnot.

Hohe Rohstoffzölle — teure Bekleidung.

Um den Spinnerkartellen die Monopolgewalt zu stärken und die schnellere Bereicherung der Garnkapitalisten zu fördern, willigte die Regierung in eine Erhöhung der Garnzölle bis zu 275 Prozent. Das hatte zur Folge, daß dann auch der Zoll auf die Erzeugnisse aus Garn erhöht wurde, denn man redete den Garnverbrauchern ein, die durch höhere Garnzölle hervorgerufene verminderte Konkurrenzfähigkeit werde ausgeglichen durch höhere Zölle auf Web- und Wirkwaren. Die Hersteller von Web- und Wirkwaren werden ihr blaues Wunder erleben, wenn die erhöhten Zölle Gesetz werden sollten. Worüber klagt denn die Fertigungsindustrie fortgesetzt? Darüber, daß der Umsatz ganz gewaltig zurückgegangen ist, demzufolge die Betriebe nicht so viel Aufträge bekommen, um voll ausgenutzt werden zu können, und daß durch den großen Leerlauf der Betriebe die Unkosten für das Produkt einen jede Konkurrenzfähigkeit vernichtenden Umfang annehmen. Soll das besser werden, so muß der Umsatz größer werden, damit der Leerlauf aus den Betrieben verschwindet. Vor einigen Wochen erst trug auch der Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus im Reichshaushaltsauschuß diese Auffassung vor.

Aber Theorie und Praxis sind beim Reichswirtschaftsministerium verschiedene Dinge. Es ist doch diesem Ministerium nicht unbekannt, wie nötig gerade eine Verbilligung auf dem Textilwarenmarkt wäre, denn es sagt in der Begründung der höhern Wollgewebezölle:

Die Preise für Wollstoffe und Tuche betragen mehr als das Doppelte der Vorkriegspreise.

Diese Erkenntnis veranlaßt die Regierung aber nicht, einem Preisabbau die Wege zu ebnen, sondern noch einen Preisaufbau vorzunehmen. Sie will die Zölle auf mollene Oberbekleidungsstoffe, die sich bisher in einer Staffel von 135 bis 220 Mark bewegten, auf eine Staffel von 260 bis 420 Mark pro Doppelzentner erhöhen. Und da der Zoll von den inländischen Verbrauchern getragen werden muß, wird diese Steigerung des Preises den Umsatz noch vermindern, die Konkurrenzfähigkeit der Fabriken steigern.

Es ist also eine schwere Täuschung, wenn sich die Garnverbraucher von dem Gerede einfangen lassen, höhere Zölle auf die Erzeugnisse seien geeignet, die durch höhere Garnzölle beeinträchtigte Konkurrenzfähigkeit auszugleichen.

Daß die höhern Zölle auf Garn die Ursache sind für die höhern Zölle der garnverarbeitenden Industrie, das sagt die Regierung in der Begründung selbst. Es heißt da in der Begründung zu Nr. 433 bis 435:

Bei der hohen Leistungsfähigkeit unserer Wirkwarenindustrie sind nur solche Zollerhöhungen vorgeschlagen worden, die durch die Garnzollerhöhung unumgänglich notwendig wurden.

Damit erklärt die Regierung selbst, daß ihre verhängnisvolle Garnzollpolitik die weiterverarbeitende Industrie in den Strudel neuer Schwierigkeiten hineinreißt.

Die Seidenzölle und ihre Folgen.

Wohin diese ganze Zollpolitik führt, dafür liefert ein sehr lehrreiches Beispiel die deutsche Seidenindustrie. Dieser Industrie sind in der Inflationszeit die Zölle auf Seidengewebe usw. ganz beträchtlich erhöht worden, weil man diese Waren als Luxuswaren ansah. Immer nämlich, wenn ein Vorschlag auf neue Zollerhöhung kam, ließ es sich die Seidenindustrie sehr gern gefallen, wenn man, um den höhern Zoll durchzusetzen, von Luxuswaren sprach. Zu andern Zeiten freilich hat sich die Seidenindustrie, und zwar ganz berechtigterweise, dagegen gewehrt, wenn man, z. B. bei dem innern Zoll, der Umsatzsteuer, alle ihre Produkte kurzerhand als Luxusware bezeichnete. Sie sind es nicht. Viele Tafelgewebe und auch undichte sind heute Bekleidungsstoffe der Mädchen und Frauen aus allen Ständen. Aber der Zollsatz für tafelfarbene Seidengewebe z. B. ist auf die oben erwähnte Weise von 300 Mark auf 3200 Mark hinaufgeklüffert. Das sind reine Sperrzölle, die jeden Wettbewerb ausländischer Industrien auf dem deutschen Markt ausgeschlossen haben. Man sollte nun annehmen, daß, wenn die Schutzzölle wirklich so förderlich sind, wie es ihre Befürworter behaupten, die deutsche Seidenindustrie heute, sowohl in ihrer qualitativen Leistung als auch in bezug auf allgemeine Konkurrenzfähigkeit auf der Höhe sein müßte. Das ist aber keineswegs der Fall. Aus den Klagen, die vom Großhandel und von der Konfektion erhoben werden, geht etwa das Gegenteil hervor.

Ausland billiger beliefert als Inland.

Ein Großkaufmann in Frankfurt a. M. berichtet im „Konfektionär“, daß die deutsche Seidenwarenfabrik den den deutschen Abnehmern zu höhern Preisen bedient als ihren Abnehmer im Ausland. Hier wird das bestätigt, was so oft als Folge der hohen Zölle bezeichnet werden muß. Der Verein deutscher Seidenwebereien bejammert das auch gar nicht. Er sagt vielmehr, das müßte er tun, um den ungenügenden Absatz im Ausland zu vermehrern. Und er gibt zu, daß die Ware vielfach zum Selbstkostenpreis und darunter abgegeben werde. Man stelle sich vor, wohin das die deutschen Abnehmer der Textilprodukte führt, wenn ihre Lieferanten ihre durch hohe Zölle geschützte Monopolgewalt alle so anwenden wie die Seidenindustrie. Denn alle werden sie natürlich verlorengegangenen Absatz im Ausland wiedergewinnen wollen. Dann werden die deutschen Textilwaren ins Ausland zum Selbstkostenpreis und darunter verschleudert, und der Verbraucher im Inland wird mit Hilfe der Zölle gezwungen, Unkosten und Gewinnquote für jene ins Ausland verschleuderten Waren zu tragen.

Dazu kommt, daß die hohen Zölle, die den Wettbewerb ausländischer Industrien aufheben, sehr leicht zu einer Senkung der Leistungsfähigkeit führen. Das wird auch der deutschen Seidenindustrie zum Vorwurf gemacht. In einer von der deutschen Konfektion ausgearbeiteten Denkschrift wird gesagt:

Während früher auch im Inlande der Wettbewerb mit den ausländischen Seidenherstellern bestanden werden mußte, ist dieser nun seit einem Jahrzehnt so gut wie ausgeschlossen. Eine eigentliche Befruchtung unserer Industrie durch wechselseitige Beziehungen mit dem Ausland hat während dieser umfangreichen Zeitpause gefehlt, und es ist bedauerlich, daß es gesagt werden muß, zur Vernachlässigung der deutschen Seidenindustrie geführt. Während früher der deutsche Seidenstofffabrikant in der ganzen Welt eine beherrschende Stellung eingenommen hat, muß er heute feststellen, daß er auf einem Grad herabgesunken ist, den man früher nicht als Maßstab seiner Leistungsfähigkeit an ihn anzulegen gewagt hätte. Wir sehen mit größter Sorge der Entwicklung derjenigen unserer Firmen entgegen, die angesichts ihrer geräumten Stofflager bei inländischen Stofffabrikanten Bestellungen machen müßten, und nunmehr, wenn die Stoffe für den Export verwendet werden sollen, die Feststellung machen müssen, daß sie im Auslande geradezu unerkäuflich sind. Die dadurch entstehende Wirtschaftsverzerrung wird sich auch zwangsläufig gegen die Stoffindustrie selbst richten, so daß sie letzten Endes ein eignes Opfer des von ihr so mit Nachdruck verlangten Prohibitivzollens werden muß.

Die Textilzölle sind demnach ein Mittel, das zur Trägheit, ja gewissermaßen zur Verkalkung unserer Textilwirtschaft führt. Das können wir aber jetzt am allerwenigsten brauchen. Was wir brauchen, das ist der frische Auf-

Westarp.



Nun hat er die schwierigen Zollvorlagen, Den Aufwertungs pudding, garniert mit Titeln und Orden. Und noch dazu die Opposition im Magen; Und davon ist ihm jämmerlich schlecht geworden. Auch der Hindenburg-Kauf hat seinen Kater, Auch die schönste Seifenblase ist doch nur Schaum. Ein großes Schweigen ist um den Landesvater. — O schöner deutschnationaler Sommernachtsstraum!

zug des friedlichen industriellen Wettbewerbs der Völker. Dieser Wettbewerb spannt die Triebkraft, die wir brauchen, um unsere Textilwirtschaft zu einem lebensfähigen und geschäftigen Zweige der Weltwirtschaft zu machen. Deshalb weg mit dieser verderblichen Zollpolitik.

Leib- und Bettwäsche soll verteuert werden.

Bis weit in die Kreise des gewerblichen Mittelstandes und der Beamten hinein ist eine große Wäsche-not vorhanden. Gut versorgt sind in der Regel außer den Reichen, die sich ja alles leisten können, weite Kreise der großen und mittleren Landwirtschaft, die in der Inflationszeit mit den Lebensmitteln als begehrtestwertesten Sachwerten an Wäsche- und andern Textilstoffen zusammenrafften, was sie nur erlangen konnten. Die durch die unzureichenden Löhne geschnälerte Kaufkraft, die häufig noch eine zur Verzweiflung treibende Verschlechterung durch lange Erwerbslosigkeit erfuhr, ließ es bisher bei Hunderttausenden von proletarischen Familien nicht zu, an einen Ersatz der in den Kriegs- und Nachkriegsjahren aufgebrauchten Wäsche zu denken.

Darum kimmert sich die Rechtsregierung nicht. Ihre einzige Sorge ist, wie sie die kapitalistischen Kreise befriedigen kann, die durch hohe Schutzzölle ihre verbraucherschädigenden Monopole noch mehr befestigen wollen. Denn auf nichts andres läuft die ganze Schutzollpolitik für diese Massengebrauchsartikel hinaus. Die Zollsätze für so wichtige Massengebrauchsartikel, wie z. B. Taschentücher aus Leinengarn, und Leinengewebe überhaupt, werden exorbitant hinaufgeschraubt, ohne daß eine Notwendigkeit dafür vorhanden

ist. Wäschestoffe aus Leinen und Baumwolle für den Massenverbrauch sollen außerordentlich verteuert werden. Die Zölle für Baumwollgewebe, Tarif Nr. 453 bis 455, werden durchweg um 100 Prozent erhöht. Statt der Stafflung von 50 bis 170 Mark pro Doppelzentner sollen wir eine solche von 100 bis 340 Mark erhalten. Und womit wird das begründet? Mit der Erhöhung der Zölle auf Baumwollgarn. Lafonisch heißt es: „Die vorgeschlagene Erhöhung für Baumwollgewebe entspricht den in Aussicht genommenen Garnzöllen, also erst 100 Prozent Erhöhung der Garnzölle und dann weitere 100 Prozent Erhöhung der Gewebezölle!“

Aber nun erst die Erhöhung der Zölle auf Leinengarne und Leinengewebe. Hier ist man sogar weit kräftiger ins Zeug gegangen. Die Leinengarnzölle werden aus der Stafflung von 6 bis 13 Mark in eine solche von 15 bis 32,50 Mark gebracht; also eine Erhöhung von 150 Prozent. Die Zollsätze für Leinengewebe sollen aber noch viel mehr gesteigert werden. Und zwar soll der Zoll auf Taschentücher, der sich bisher in einer vierstufigen Staffel zwischen 160 und 290 Mark bewegte, auf eine achtfstufige Staffel gebracht werden, und er soll sich zwischen 180 und 960 Mark pro Doppelzentner bewegen. Die Zollsätze der Leinengewebe in den Tarifnummern 492 und 493 bewegten sich bisher zwischen 40 und 120 Mark. Sie sollen in Zukunft zwischen 90 und 810 Mark für den Doppelzentner betragen. Man komme uns nicht und sage, es handle sich um die feinen Leinengewebe, die mehr von den wohlhabenden Kreisen gekauft würden. Wir kennen dieses zoll- und steuerpolitische Hochtäuschertüchchen zur Genüge.

Der hohe Zoll auf diese Leinengewebe bringt eine ganz erhebliche Erhöhung der Preise für alle Wäschestoffe. Wer hat denn beim Einkauf solcher Stoffe für Bett- und Leibwäsche den Zolltarif bei sich und kontrolliert Fadenzahl und Gewicht des Gewebes? Das macht höchstens der Großabnehmer, aber nicht die Frau des Arbeiters und die aus dem Mittelstand. Dem Betrug und der Uebervorteilung der ärmern Bevölkerung wird so die Arbeit erleichtert.

Dazu kommt aber noch ein Weiteres. Unsere Wäsche-Industrie wird auf dem Auslandsmarkt nur bestehen können, wenn sie hochwertige Qualitätsware hinausbringt. Diese muß meist aus feinem Leinengewebe hergestellt werden. Wie soll diese Industrie auf dem Auslandsmarkt werden, wenn man ihr den Rohstoff in dieser Weise verteuert? Und daß der Zollsatz auf dem Inlandsmarkt immer im Preise wirksam sein wird, dafür wird die gutorganisierte Flach- und Leinenindustrie schon sorgen. Wie die Regierung dazu kommen konnte, gerade den Flach- und Leinenbetrieben solche unerhörten Zölle zu bewilligen, das ist das Unverständlichste mit, was sich in dem Zolltarif zeigt. Diese Betriebe haben ihre Produktivkräfte so entwickelt, daß sie den Wettkampf aufnehmen können. Sie haben im Kriege, mit wenigen Ausnahmen, schweres Geld verdient, da die Rohstofffrage für sie nicht so schwierig war, wie in der Woll- und Baumwollindustrie. Und es ist einfach eine Täuschung, wenn in der Begründung der Flachzölle auf die nordfranzösischen und belgischen Spinnereien hingewiesen wird, die, nachdem sie wieder aufgebaut sind, mit den besten Maschinen ausgerüstet seien und unserer Industrie nun das Leben schwer machen sollen.

Nein! Die Dinge liegen so: Wohl in keiner andern Fachgruppe ist eine so straffe, monopolartig wirkende Organisation vorhanden wie in der Leinenindustrie. Diese Organisation erblickt bei der Neuordnung der Zölle eine günstige Gelegenheit, ihre Monopolmacht durch Zölle, die geradezu wie Prohibitivzölle wirken, gewaltig zu verstärken. Einem andern Zwecke dienen diese Zölle nicht. Mit Schutz der Industrie, um sie vollwertig zu machen, haben diese Zölle nichts zu tun. Die Leinenindustrie ist vollwertig in ihrer Leistungsfähigkeit, und daher sind die exorbitanten Zölle für die Wäschestoffe eine unerhörte Herausforderung des ganzen notleidenden Volkes.

Hermann Krätzig.

Reichsindex und Zollspekulation.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beträgt nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Juni 1925 gegen 135,5 im Vormonat. Sie hat sich also um 2,1 v. H. erhöht. Nach der alten Methode würde die Indexziffer für den Monat Juni 128,2 betragen, also ebenfalls um 2,1 v. H. höher sein als im Mai (125,6). Die Steigerung ist auf das Anziehen der Ernährungsausgaben besonders der Preise für Rindfleisch, Gemüse, Milch und Eier zurückzuführen.

Die Steigerung im Monat Juni ist der größte Sprung, den der Teuerungsindey im Jahre 1925 überhaupt gemacht hat. Dabei haben die drohenden Zölle eine wichtige Rolle gespielt. Vor allem muß festgehalten werden, daß angesichts der Pollexperimente an eine Erhebung des Preisniveaus gar nicht zu denken ist. Es ergibt sich also die unbedingte Notwendigkeit, die Nominallöhne den Preisen anzupassen, um den Ausgleich im sinkenden Reallohn herzustellen. Im übrigen gibt der Teuerungsindey auch für den Monat Juni die wirklich eingetretene Teuerung nicht wieder. Sie beträgt für verschiedene Waren, die für die nachste Lebenshaltung in Frage kommen, weit über 30 Prozent.

Erweiterung der Ungefallenversicherung.

Dem Reichstag ist jetzt der Gesetzentwurf über den Ausbau der Ungefallenversicherung zugegangen. Der Entwurf bringt in Verfolg der seinerzeit im Reichstag angenommenen Entschlieung in der Hauptsache einen neuen Leistungs- und Beitragstarif. Er erhöht den Grundbeitrag von 360 auf 480 Mk., den Kinderzuschuß von 36 auf 90 Mk. und den Sondereinsatz für die Steigerungsbeträge aus dem seit 1. Januar 1924 geleisteten Beitrag von 10 auf 15 Mk. Als Ausgleich wird eine Erhöhung der Beiträge vorgeschlagen. Es werden für die Zukunft sechs Gehaltsklassen geschaffen. In der Klasse A (bis 50 Mk.) soll der Monatsbeitrag 2 Mk., in der Klasse B (bis 100 Mk.) 4 Mk., in der Klasse C (bis 200 Mk.) 8 Mk., in der Klasse D (bis 300 Mk.) 12 Mk., in der Klasse E (bis 400 Mk.) 16 Mk. und in der Klasse F (bei einem Gehalt von mehr als 400 Mk.) 20 Mk. betragen. Außerdem werden zwei neue Klassen G und H für freiwillige Beitragsversicherung geschaffen; in denen der Monatsbeitrag 25 bzw. 30 Mk. beträgt.

ein, und das ist der Turnverein Freien, welcher mit der Abteilung Sportklub Wader einen Verein bildet. Allen Klassenbewußten Sporttreibenden Genossinnen und Genossen aber rufen wir zu: Schließt euch jetzt um so feister im Turnverein Freien und im Sportklub Wader zusammen. —

Neuhaldensleben. Zwangsinnung für das Steinmetzgewerbe. Der Landrat erläßt eine Bekanntmachung, wonach für den Kreis Neuhaldensleben die Errichtung einer Zwangsinnung für das Steinmetz- und Grabdenkmalgewerbe beabsichtigt wird. Neben dem Antrag auf Gründung einer Zwangsinnung sollen die beteiligten Handwerker im Kreise Neuhaldensleben schriftlich bis zum 30. Juli ihre Stimme abgeben. Auch können die in Frage kommenden Handwerker wochentags in der Zeit von 7 Uhr morgens bis 1 Uhr mittags und von 3 bis 5 Uhr nachmittags im Kreisamt, Zimmer 16, ihre Äußerung zu Protokoll geben. Die Gemeindevorsteher im Kreise sind angewiesen, in Frage kommende Handwerker auf die Abstimmung aufmerksam zu machen. —

Stadtkreis Burg.

Ungetreue Finanzbeamte. Unter der Anklage der Amtsunterschlagung und Urkundenfälschung stand der Steuerinspektor E. L. aus Burg vor dem erweiterten Schöffengericht. Er war in den Jahren 1921 bis 1923 beim Finanzamt als Steuerinspektor angestellt. Als Veranlagungsbeamter hatte er die Kraftfahrzeuge, Landbestempel- und Erbschaftsteuer zu bearbeiten. Steuern einzugehen, war er nicht berechtigt. In den Zeiten der Inflation waren aber die Kassenzettel stets überfüllt und die Steuerpflichtigen übergaben L. das Geld, um es an die Kasse weiterzuleiten. L. bestritt erst, daß er sich Verschulungen hat zuschulden kommen lassen, hat aber dann, nachdem er 9 Monate in der Untersuchungshaft verbracht hatte, die Verschulungen eingestanden, will aber nicht als Beamter, sondern als Privatperson gehandelt haben, um den Steuerzahlern einen Gefallen zu tun. Nach 4 1/2 stündiger Verhandlung wurde L. wegen einfacher Unterschlagung und Urkundenfälschung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt angesehen werden. Auch der Steuerbeamte G. vom Finanzamt wird der Amtsunterschlagung beschuldigt. Er bearbeitete die Stempelsteuern und hatte Stempelmarken zu verkaufen. G. hat eingegangene Beträge über 100 000 Mark unterschlagen. Die Bücher ließ er verschwinden, um seine Tat zu verbunkeln. Zwei Bücher wurden später bei seiner Braut gefunden. G. ist geständig, beteuert aber in Not gehandelt zu haben. Der Staatsanwalt beantragt 2 Jahre Gefängnis und Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter für die Dauer von 5 Jahren. Das Gericht verurteilte G. zu einem Jahre drei Monaten Gefängnis. Von der Amtsüberkennung wurde Abstand genommen. Deshalb wird der Staatsanwalt gegen das Urteil Revision einlegen. Diese Fälle beweisen den hiesigen bürgerlichen Stabtsordnungen mit voller Deutlichkeit, daß auch Beamte sich Verschulungen zuschulden kommen lassen und daß es nicht bloß Arbeiter sind, die straucheln. —

Kreis Wangleben.

Diebstahl. Großes Jubiläumssportfest. Der Arbeiter-Turn- und Sportverein feiert am 12. Juli sein 40jähriges Bestehen. Dazu ist ein großes sportliches Treffen mit Austragung von interessanten Wettkämpfen vorgesehen. Eine große Anzahl von Vereinen hat ihre Beteiligung zugesagt. Sie treffen schon am Sonnabend den 11. Juli ein. Deshalb bedarf der Verein einer größeren Menge von Quartieren. Die der Arbeiterjugend freundlich gesinnten Einwohner werden gebeten, wenn sie es irgend möglich machen können, einen Arbeiterortler bei sich in Quartier zu nehmen. Die Einzeichnungsliste liegt im Konsumvereinslager aus. —

Groß-Otterleben. Auswanderungsschwindel? Der bekannte „Siedlungsfachmann“ Hauptmann Schmude war vor einiger Zeit Leiter einer Auswanderungsexpedition nach Teheran. Durch die deutsche Presse ging damals eine Reihe von Angriffen, besonders gegen Schmude. Jetzt hat, wie wir bereits meldeten, ein nach Deutschland zurückgekehrter Teilnehmer der Expedition, die für die Beteiligten einen sehr unglücklichen Ausgang genommen hat, bei der Staatsanwaltschaft Anzeige wegen Betrugs und Auswanderungsschwindels gegen Schmude erstattet. Das Ermittlungsverfahren ist bereits im Gange. —

Groß-Otterleben. Arbeiterjugend. Heute (Mittwoch) wichtige Mitgliederversammlung. Alle müssen erscheinen. Niederbücher mitbringen. Beschluß für Hamburg ist der 12. Juli. —

Wangleben. Totenehrung. In der vorigen Woche wurde der junge Reichsbannerkamerad Walter Bellstedt so unglücklich auf der Arbeitsstelle von einem Pferde geschlagen, daß er kurz danach an den Folgen verstarb. Am Sonntag wurde er unter großer Beteiligung, insbesondere von seinen Reichsbannerkameraden, zu Grabe getragen. Das Mitgefühl mit den Angehörigen war sehr groß, hat doch das grausame Schicksal in den letzten zwei Jahren die Familie B. zum drittenmal heimgesucht. Am Grabe sprach Kamerad Wille. Nicht billiger Trost vom Wiedersehen im Jenseits war am Platze, denn nur die Zeit kann so herben Schmerz heilen. Anschließend daran defilierten die Kameraden am Grabe des ersten republikanischen Landrats des Kreises, unersetzlichen Genossen Fritz Hahn vorbei und senkten die Fahnen. Genosse Wille widmete dem uns so früh entzogenen alten Kämpfer für Freiheit und Fortschritt an seiner Ruhestätte gebührende ehrende Worte. —

Wettregeln. Das Wirtschaftslieben in der Egelter Mulde, das durch die Wasserkatastrophe in den beiden Kohlenfächten Cäsar und Trugard volle zwei Monate fast voll-

ständig daniederlag, beginnt sich in erfreulicher Weise wieder zu beleben. Die Kohlenförderung aus dem alten Kohlenfacht Rosemarie hat berartig gute Erfolge gezeitigt, daß die Kalkfabriken der konsolidierten Mulde ihren Betrieb in den letzten Tagen wieder aufnehmen konnten. Dadurch hat die Zahl der Erwerbslosen erheblich abgenommen. Das Auspumpen der beiden erschöpften Kohlenfächte nimmt einen sehr guten Fortgang, so daß damit gerechnet werden kann, wenn nicht nochmals unerwartete Ereignisse eintreten, daß die Kohlenförderung in einigen Wochen, wenn auch zunächst nur in beschränktem Umfang, wieder aufgenommen werden kann. Für die Arbeiterjugend und auch die Geschäftswelt der Egelter Mulde wäre das sehr zu begrüßen. — **Parteiversammlung.** Am Freitag den 3. Juli, abends 8 Uhr, findet im Vereinszimmer bei Willi Drewes die Quartalsversammlung statt. Wichtige Sachen sind zu erledigen. Deshalb ist es Ehrenpflicht aller Genossinnen und Genossen, diese Versammlung zu besuchen. Es besteht kein Eintrittsgeld. —

Kameraden, auf nach Halle!

In der Hochburg der Monarchisten und Mastauer, der Stadt, in der der wülfeste nationalstolisch-monarchistische Terror herrscht, und in der die Kommunisten ihre republikanische Sache besonders übermäßig treiben, in der schönen Saalestadt, gilt es, am 9. August aus Anlaß der Verfassungsfeier für die Republik und die Reichsfarben Schwarzrotgold zu demonstrieren.

Der Gauvorstand hat davon abgesehen, eine eigne große Gauveranstaltung am Verfassungstag abzuhalten und fordert alle Ortsgruppen des Gaues Magdeburg-Anhalt auf, am 9. August nach Halle zu fahren und dort an der

großen republikanischen Kundgebung

des Gaues Halle-Merseburg teilzunehmen.

Die südlich von Magdeburg liegenden Ortsgruppen werden dringend ersucht, in großer Stärke in Halle aufzumarschieren. Die anderen Ortsgruppen werden Fahnenabordnungen nach Halle zu delegieren haben; das gilt auch für diejenigen Ortsgruppen, die bereits eigne Veranstaltungen zum Sonntag den 9. August geplant haben und die Vorbereitungen dazu nicht mehr rückgängig machen können. Wir glauben es nicht nötig zu haben, die Ortsgruppen noch besonders auf die Notwendigkeit der zahlreichen Beteiligung der Kameraden aus unserm Gau an einer großen Kundgebung in Halle aufmerksam zu machen. Jeder Kamerad, der es finanziell irgend möglich machen kann, wird, davon sind wir überzeugt, mit Begeisterung für die Reichsbannerfahrt nach Halle zu haben sein.

Darum lautet für alle Ortsgruppen unsers Gaues die Parole: Auf zur großen republikanischen Kundgebung

am 9. August in Halle!

Frei Sei!
Der Gauvorstand.

Kreis Salze.

Schönebeck. Ein großes Volksfest im wahren Sinne des Wortes war die am Sonnabend und Sonntag vom Sachsen-Siedlerverein veranstaltete Festlichkeit in Sachsenland. Am Sonnabend nachmittags traten mehr als 400 Kinder der Siedlung zu einem Kinderumzug an, geschmückt mit Fahnen, Schären und dergleichen. Die ganze Siedlung hatte ein festliches Gewand angelegt, fast jedes Haus war mit Girlanden oder schwarzrotgoldenen Fahnen geschmückt. Die Beteiligung der Schönebecker Bevölkerung war schon am Sonnabend sehr stark. Am Abend machten die Kinder mit Lampen und kleinen Fackeln einen wirkungsvollen Fackelzug. Die Siedlung war herrlich illuminiert. Die Bevölkerung war in großen Scharen herbeigeströmt. Die Kinder wurden mit Kaffee, Kuchen und Geschenken reichlich bedacht; auf der Wiese wurden allerlei Spiele veranstaltet. Am Sonntag nachmittags zog alles wieder zur Siedlung hinaus. In einem großen Zelt spielten zwei Musikkapellen und alt und jung verlebte fröhliche Stunden, die allen noch lange in Erinnerung bleiben werden. Möge die Siedlung sich weiter gut entwickeln zum Wohle der Allgemeinheit. —

Altmark.

Salzwedel. Die brüderliche Liebe. Einen sehr guten Gehirz leistet sich das „Wochenblatt“, indem es über die Versorgung der Wehrmachtangehörigen wie folgt berichtet: „Nach 12jähriger Dienstzeit sollen die Soldaten nicht nur in den Staatsdienst, sondern auch in den Dienst von Kommunisten und privaten Gesellschaften übernommen werden.“ Ja, das könnte euch wohl so passen, ihr Nationalisten, daß euren Mastauer Bundesbrüdern zur Ausbildung der Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes Militärantenwärter von der Reichswehr überwiesen werden. Dann wäre ja bald alles schon vorbereitet zum Sturze der Republik durch Kommunisten und Monarchisten. — **Freitod.** Durch Erhängen machte der Handelsmann Müller in Werber seinem Leben ein Ende. Eine längere Krankheit und der Schmerz über den Verlust seines Vermögens sollen die Gründe zur Tat gewesen sein. — **Es wird immer schöner.** Die Einstellung des von dem völlig erblindeten Genossen Sieler gegen einige Stahlhelmer beantragten Strafverfahrens wegen Körperverletzung hat das Ansehen der Justiz bei den Republikanern nicht gehoben. Die Empörung hat sich noch dadurch verstärkt, daß

der Oberstaatsanwalt in Stendal jetzt gegen den jungen Sieler, ein Mitglied der Jugendgruppe des Reichsbanners, von Amts wegen, denn Strafantrag ist nicht gestellt worden, ein Strafverfahren eingeleitet, weil er seinem von mehreren Stahlhelmen bedrängten Vater, als er mißhandelt wurde, zu Hilfe eilte und in Notwehr einen Schuß aus einem 6-Millimeter-Lehrschuß abgab, der niemand traf. Die Stahlhelmer haben selbst zugegeben, den blinden Mann mißhandelt zu haben. Hoffentlich wird in der Gerichtsverhandlung gegen den jungen Sieler der ganze Standeslöse Vorfall aufgerollt, damit der Oberstaatsanwalt gestuzt wird, gegen die Stahlhelmer das Strafverfahren doch noch zu eröffnen. —

Salzwedel. Verhaftung eines Mörders. Wie wir bereits mitteilen, ist ein auf den Namen Meher beim Hippodrom auf dem Schützenfest tätiger Mann verhaftet worden, der wegen Betrugs gesucht wird und sich Otto v. Nibelshausen nannte. Jetzt ist ermittelt worden, daß es sich um den aus französischen Zwangsarbeit entflohenen Otto Nibel handelt, der wegen Mordes an einem französischen Offizier zu 12 Jahren Zwangsarbeit verurteilt ist und wegen Mordes an seiner Braut vom Staatsanwalt in Mainz gesucht wird. —

Stendal. Für ein Gewerkschaftshaus. In einer außerordentlichen Generalversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes sprach Kollege Gladis über die dringende Notwendigkeit der Schaffung eines Gewerkschaftshauses. Die interessanten Ausführungen fanden lebhaft Zustimmung. Auch bei den Eisenbahnern ist der Gewerkschaftsgehalt wieder im Wachsen begriffen. Die Mieträume, die die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei im städtischen Grundstück Brüderstraße 16 innehaben, müssen voraussichtlich bald geräumt werden, da der Magistrat sie für eigne Zwecke benötigt. Gerade in Stendal, wo die freien Gewerkschaften und Sozialdemokraten besonders fanatisch gehetzt werden, wird es schwerfallen, anderweitig Mieträume zu bekommen. Es sei, wenn überhaupt nur bei hoher Mietzahlung möglich. Im Ortsausgang des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes ist nur eine Meinung vorhanden, und zwar die, den angeschlossenen Gewerkschaften und auch der Sozialdemokratischen Partei die Beschaffung eines Gewerkschaftshauses zu empfehlen. Der Eisenbahnerverband, als größte Organisation am Orte, beschloß einstimmig, der Schaffung eines Gewerkschaftshauses zuzustimmen. Ein weiterer Beschluß legte fest, daß ab 1. Juli bis auf weiteres pro Mitglied und Woche 10 Pfg. Gewerkschaftshausbeitrag extra zu zahlen sind. 5 Pfg. sollen zur Verjüngung und Amortisation des uns überlassenen Kapitals dienen; die andern 5 Pfg. werden zu einem Fonds gesammelt, aus dem spätere Erweiterungen usw. bestritten werden sollen. Das Gewerkschaftshaus wird gerade in der finsternen Altmark ein sicheres Bollwerk gegen ein übermäßiges Unternehmertum und gegen die Reaktion sein. Es wurden dann noch Betriebs- und sonstige Gewerkschaftsfragen durchgesprochen. Es mehrten sich bei der heutigen Arbeitsweise in den Reichsbahnbetrieben die Unfälle. Jeder unfallverletzte Kollege soll unbedingt darauf bestehen, daß der Betriebsrat als sein Anwalt bei der Unfalluntersuchung, bei der schriftlichen Vernehmung usw. hinzugezogen wird, denn gerade in Unfallangelegenheiten sind die Reichsbahnbetriebe gegenüber den Privatbetrieben rückständig. Aus der Versammlung heraus wurde an die Ortsverwaltung appelliert, den Vorgängen im Eisenbahnerhaus Besondere Beachtung zu schenken. Unter der Arbeiterjugend des Werkes ist das Gerücht verbreitet, daß gewisse rechtsgerichtete Kreise, vermutlich sogar im trauten Verein mit der Betriebsverwaltung, die Arbeiter des Werkes unter der Verprechung, sie würden beim kommenden Personalabbau nicht mitentlassen, für die Deutschnationale Partei zu gewinnen versuchen. Die Entzweiung im Werk über solches Treiben ist groß. Nach längerer Aussprache beschloß die Ortsverwaltung, den Dingen ihre volle Aufmerksamkeit zu schenken und die Interessen der Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes mit aller Entschiedenheit zu vertreten, damit niemand willkürlich geschädigt oder benachteiligt werde. Mit anfeuernden Worten, fest zusammenzuschließen und neue Mitglieder zu werden, um für die kommenden schweren Wirtschaftskämpfe gerüstet zu sein, wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen. —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Waltersdorf. Von Wiederitz, Orthothsberge, Gübs, Menz, Gerwitz und Büden waren die Ortsvereine mit ihren Musikkorps gekommen, um an dem Fackelzug und der republikanischen Werbeversammlung teilzunehmen. In unserm reaktionären Dorfe glaubt nämlich der Stahlhelm das große Wort führen zu können. Der imposante Reichsbannerumzug am Sonnabend hat den Reaktionen wohl gezeigt, daß das Volk zur Republik steht. Im überfüllten Saale sprach Kamerad Karbaum (Magdeburg) anfeuernde Worte besonders für die Jugend. Die mit Beifall aufgenommenen Ausführungen wurden von einigen Disziplinärrednern unterstrichen. In gefelliger Unterhaltung blieben die Kameraden noch lange beisammen. —

Offleben. Das Fest der Bannerweihe findet vom 4. bis 6. Juli statt. Die Ortsgruppen der Umgegend werden gebeten, an dieser republikanischen Veranstaltung teilzunehmen. —

Burg. Mitgliederversammlung morgen (Donnerstag) abend in Krauses Restaurant. Das Erscheinen sämtlicher Kameraden ist notwendig. —

Von heute Mittwoch den 1. Juli bis zum Dienstag den 14. Juli dauert mein großer

Saison-Ausverkauf

und bietet Gelegenheit zu selten billigen Preisen einzukaufen.

Damenmäntel, Kostüme und Röcke teilweise bis zur Hälfte herabgesetzt.

Herren-Konfektion

Herren-Gummimäntel	von 17,50 Mk. an
Herren-Anzüge	von 25,00 Mk. an
Herren-Sommerjoppen	von 4,50 Mk. an
Herren-Arbeitsjoppen	von 3,95 Mk. an
Herren-Einshemden	von 2,40 Mk. an
Herren-Barchenthemden	von 2,80 Mk. an

Baumwollwaren

Hemdentuch	von 65 J an
Rohneffel	von 50 J an
Schürzenstoffe	von 1,25 Mk. an
Handtuchstoff	von 50 J an
Inlett	von 2,25 Mk. an
Bettlatten	von 85 J an

Kleiderstoffe

Colienne	Meter von 5,50 Mk. an
Crêpe de Chine	Meter von 6,50 Mk. an
Popeline	Meter von 2,80 Mk. an
Blusenstreifen	Meter von 1,40 Mk. an
Cheviot	Meter von 1,80 Mk. an
Kleiderdruck	Meter von 0,90 Mk. an

Mengenabgabe vorbehalten

Wollgarne Page 70 60 50 45 J — Ein Posten Reste enorm billig!

Mengenabgabe vorbehalten

P. Winkelmann, Gardelegen Magdeburger Straße Nr. 4.

Radrennbahn Magdeburg, Sonntag den 5. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr

Großer Preis von Magdeburg

für Flieger und Dauerfahrer
Am Start: Wegmann - Kuyfat - Guignard
Thomas - Müll - Bailey - Hahn - Verri

Keine erhöhten Eintrittspreise.

Verlosung eines Motorrades.

Keine erhöhten Eintrittspreise.

Heute letzter Tag

Magdeburger Lichtspiele

Heute letzter Tag

Kammer
Die Weibchen der Kaiserin
Der Roman eines Blumenmädchens.
Sessue Hayakawa
der berühmte japanische Schauspieler.
Die schwarze Kugel
Das Werk der raffinierten Sensationen.
Die neueste Deulig-Woche
— Beginn Sonntag 3 Uhr. —

Panorama
Tarzan
— Saragat Roman. —
Maria Minzenti
In den Sternen
steht es geschrieben
Die Deulig-Woche.
Beginn werktags 5 Uhr, Sonntag 3 Uhr

Zirkus
Vampire der Rennbahn
Der unverstandene Mann
Ehre deine Ehe
Ein echtes Drama unserer schweren Zeit.
Dieses Bild sehen, heißt unsere Zeit erkennen.
Die neueste Deulig-Woche
— Beginn: Sonntag 3 Uhr. —

Fili
Der internationale Großfilm
Die Andere
Ein Gesellschaftsstück in 6 Akten.
Rotterdam Southampton Marseille
Tanger Nizza
bilden den Hintergrund zu dem
wundervollen, spannenden Werke.
Außerdem:
Bettlauf mit dem Tode.

ZENTRAL
Heute Donnerstag 8 Uhr
Premiere
Der Bettelstudent
Musik von Karl Millbaker. 42
Gewöhnliche Preise!
— Siebenzügiger Kartenvorverkauf! —

Herren- und Damenräder
preiswert vertäuflich
Teilzahlung gestattet. 1808
Reparaturen an den Fahrrädern, Motor-
rädern führt prompt und preiswert aus
Walter Reims, Breiter Weg 118, H. r.

Sebermann
wird Ihnen sagen, daß Sie Ihre
Schuhwaren
recht und billig im
Schuhhaus Seifert
Schönebeck, Breiter Weg 57,
kaufen müssen.
Anerkannt billigste Bezugsquelle für
jedermann.

Achtung! Radfahrer!
Sie schützen Ihr Fahrrad gegen
Diebstahl, Verwerfung
durch Einstellen in die Rad-Waschen.
Die Rad-Waschen
übernehmen volle Garantie.

Magdeburg, den 30. 6. 25.
An die
Direktion der Walthalla-Lichtspiele
Bestätigt es sich wirklich,
daß nach gründlicher Renovierung Ihres Theaters
bereits am Freitag den 3. Juli mit den Vorführungen
des großen überall mit frenetischem Beifall aufge-
nommenen Sternfilms „Komödianten“ begonnen wird?
Ist ferner meine Annahme die richtige,
daß die Prominenten aller Filmstarsteller, wie Lya de
Putti, Eugen Klöpfer, Viktor Schwanecke, Margarete
Kupfer, Ferry Sikla, Hermann Picha, Fritz Kampers in
dem schon lange, auch in Magdeburg, mit Spannung
erwarteten Drama die Hauptrollen übernommen haben?
Auch hört man davon sprechen,
daß anlässlich der Wiedereröffnung ganz besonderer
Wert auf die Zusammenstellung des Beiprogramms
gelegt worden ist, und zwar soll Fatty in dem gaktigen
Großlustspiel „Fatty im D-Zug der Liebe“ 50 Minuten
alle Besucher zu zwerchfellerschütterndem Lachen
zwingen? Daß mir die Trianon-Woche das Neueste
und immer Interessanteste aus aller Welt bringen
dürfte, halte ich für ganz selbstverständlich.
Gern einer geil. Antwort entgegengehend verbleibe
ich als eifrige Kinobesucherin Ihres Theaters
mit aller Hochachtung
gez. Lotte Brandt.
Sehr geehrtes Fräulein!
Gern würden wir Ihnen uns heute zugegangenen
Brief in allen Details beantworten, doch müssen wir
aus Platzmangels wegen darauf beschränken, Sie
von der Richtigkeit Ihrer Annahmen in allen Punkten
nur kurz zu überzeugen und empfehlen uns, Ihnen
für das stets bewiesene Interesse an unsern Dar-
bietungen bestens dankend
hochachtungsvoll
Die Direktion der Walthalla-Lichtspiele.

Eine Ermäßigung von **15%** auf alle Einkäufe

GARDINEN

geben wir während der Zeit der Saison ausverkäufe vom 1. bis 15. Juli

GARDINEN

Vertrieb von Erzeugnissen sächs. Gardinen-fabriken
GEORG METHNER & CO.
Ecke Berliner Str. Magdeburg Breiter Weg 24

Ziehung am 7. und 8. Juli 1925.

Zierzuchtstiftung Magdeburg
vom 3. bis 5. Juli 1925

Lotterie der Zierzuchtstiftung
auf dem Landwirthschaftlichen Markt
in GutsMuths Park und Stadt, Magdeburg

Ziehung am 7. und 8. Juli 1925
Gesamtschöpfung: 3000 Gewinne i. H. von

50000 Goldmark

Sauptgewinne:
**1 Auto, 4 Pferde, 4 Kühe,
6 Motorräder, 24 Fahrräder u.**

Preisliste:
1.20 Mark für 3 Lose sortiert
30 Pfennig extra für 6.00 Mark

Safe-Bericht und alle sonst. Details
H. Seubert, Magdeburg
Bismarck-Str. 10 — Postfach-Nummer Magdeburg 34
Ferner auch zu haben in allen durch
Postale amtlichen Vertriebsstellen

Sammlung der Zierzuchtstiftung in d. Post-Geschäft d. G.
Oskar Thoms, Magdeburg
Bismarck-Str. 10 — Postfach-Nummer Magdeburg 34

Ziehung am 7. und 8. Juli 1925.

Prospekte Preislisten
wie auch alle andern Geschäftsdrucksachen
liefern wir in wirkungsvoller Aufmachung.
W. PFANNKUCH & CO., MAGDEBURG
Grosse Münzstrasse 3 Fernsprecher 6265

Neu renoviert! **Gesellschaftshaus**
Admiralspalast
Schönebecker Str. 127 (Inh. Reinh. Hauptmann) Telefon 7390.
Nach vollständiger Renovierung meines Lokals empfehle den
wertigen Vereinen und Gesellschaften meine beiden Säle
zur Abhaltung von Vereinsversammlungen und Versammlungen.
Gleichzeitig empfehle meinen großen schattigen Garten
zu Sommer- und Kinderfesten sowie Doppeltegelbahn.
Nächsten Sonntag
Großer Eröffnungsbill
Streng solide Preise.

Stadt-Theater
Sonntag, 2. Juli
Auf. 7 1/2. Ende 10 Uhr
7. Abend

Der Schmied
Oper von Wolf-Ferriani
Freitag, 3. Juli
Auf. 7 1/2. Ende 10 1/4 Uhr
8. Abend

Rigoletto
1. Preisrichter: Bühnen-
einrichtung zu verif.
ab. zu verzeichnen ges.
150. Jahrgang: Schneider,
Salzburger Str. 3, II.

Kennt du
Magdeburg
weitere Angaben?
Sein Gehör ist unbeschädigt
und kann mit ein
ander sprechen, der die
alle Kennzeichen er-
kennbar ist.

Heimberger's:
Auf Wählernem
Stüb
20 Wählernem mit
Kartensystem.
1 Markt
Markt, Postfach
Große Mühlstraße 3.

An unsere Kundschaft!
Der Straßenbau auf dem Breiten Wege
ist so weit fortgeschritten, daß unser
Stadtlager
Steinsstraße 1, Ecke Breiter Weg
für Fußgänger und Fahrwerke wieder
bequem und gefahrlos zu erreichen ist.
Carl Delius
Gesellschaft mit beschränkter Haftung,
Stabeisen-, Blech-, I-, U-Eisen- und
Metall-Handlung.

Amliche Bekanntmachungen
Die Geschäftsstellen für Pappen- und Schrift-
materialien haben regelmäßig Anfang jedes
Monats, und zwar Dienstags nachmittags 3 Uhr
im besten Rhythmus Terminbestimmungen.
Die nächsten Terminbestimmungen der Straßen-
erfolge sind:
Geop-Salze, den 2. Juli 1925.
Der Magistrat.

Die Copierungen von den für früheren Ge-
meinde-Ebene geborgenen Akten, Büchern,
Pflanzens- und Archivalien sind am
Freitag den 3. Juli 1925, nachm. 5 Uhr
an Ort und Stelle öffentlich meistbietend unter
den im Termin festgesetzten Bedingungen
versteigert werden. Einmündigkeit im Gebot
für gelbes Papier, Eisen-
Schieber, den 2. Juni 1925.
Der Magistrat.

Wollen Sie Erfolg bei Färbungen
haben? — Wollen Sie sich nicht
von der Lärmbildung aller Färbereien
weil sie Wollstoffe zerstören?

MAGOL

Magol gibt blühartig im Nu,
Tief schwarzen Hochglanz dem Schuh.
Ebenpreis Dose 25 Pfennig.

Magol-Werke G. m. b. H., Magdeburg

Bier in Flaschen und Siphons
Bekannt zum Biergenuss in jedem Quantum
Mahlow & Bichtemann
Bismarck-Str. 5. — Fernruf 2522.

